Vom 24. November 1810 bis zum 25. Juli 1816, und von Nr. 401 bis Nr. 643, nebst Sachverzeichniß

401. Arnsberg den 24. November 1810.

Großherzogl. H. Regierung.

Zur Beseitigung der im Herzogthum Westphalen bestehenden Mängel und Unreinlichkeiten beim Oehlschlagen werden die Beamten angewiesen, sämmtlichen Oehlschlägern in ihren Amtsbezirken zu befehlen: die Oehltücher oder Beutel wenigstens am Ende jeder Woche auszuwaschen, die Pressen und übrigen Gefäße zu reinigen und sauber zu erhalten, so wie alle Unreinlichkeit zu entfernen, wodurch das Oehl zum schnellern Verderben angesteckt werden könnte.

Die Schultheißen sollen die in ihren Bezirken befindlichen Oehlmühlen von Zeit zu Zeit untersuchen, auf die Befolgung der obigen Vorschriften wachen, und die Contravenienten zur angemessenen Bestrafung beim Amte denunciiren.

---

402. Arnsberg den 1. Dezember 1810.

Großherzogl. H. Regierung.

Diejenigen Fuhrleute, welche Behufs des Futterns ihrer Pferde oder sonst mit ihren Fuhrwerken vor den Wirths- und Barriere-Häusern auf den öffentlichen Landstraßen still halten, und dadurch den Weg versperren, so wie derjenige, welcher dieselbige Spur des vor ihm Fahrenden einhält und dadurch den Weg verdirbt, sollen jedesmal mit einer Geldstrafe von 1½ Fl. belegt, so wie zur Zahlung der Denunciations- u. a. Kosten angehalten werden.

---

403. Darmstadt den 10. Dezember 1810.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Bei der Erfahrung, daß durch die nachstehend bezeichneten im Großherzogthum nicht angesessenen Gewerbetreibenden, — nämlich die Hausirer mit irdenem Geschirr und Pfeifen, Porzelangeschirr und Zunder; die Knopf- und Kammmacher, die Kannen- und Schnallengießer, die Korbmacher und Flicker, so wie die Bären-, Affen- und Kameelführer und endlich die vor den Thüren und in den Wirthshäusern aufspielenden Bettel-Musikanten —, die öffentliche Sicherheit vielfach gefährdet worden ist, wird allen Ausländern die Ausübung eines der vorbezeichneten Gewerbe im ganzen Umfange des Großherzogthums, bei Strafe der Konfiskation ihrer Waaren, der Landesverweisung und körperlicher Züchtigung verboten, und ist den vorgedachten auswärtigen Hausirern das Einwandern zum Ankauf ihrer Waaren in inländischen Fabriken, nur unter Beobachtung strenger paßpolizeilicher Vorschriften erlaubt. Der Hausirhandel mit den vorbezeichneten Gegenständen, so wie der bezeichnete Handwerks-Betrieb mittelst Umherziehens von Ort zu Ort, soll den Inländern nur nach stattgefundener Auslösung der desfallsigen vorschriftsmäßigen Konzessionen und nach erlangten Regierungspässen, welche in jedem von ihnen berührt werdenden Orte von der Lokal-Polizei-Behörde visirt werden müssen, gestattet werden.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 5. Januar 1813 bekannt gemacht, daß das vorstehende Hausir-Verbot mit irdenen Waaren nicht auf diejenigen Fremden anwendbar sei, welche dergleichen Gegenstände blos durchs Land führen oder solche im Lande en gros und nicht en detail verkaufen.

---

404. Darmstadt den 18. Dezember 1810.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Uns ist vorgetragen worden, daß in verschiedenen Gegenden Unsers Großherzogthums, namentlich im Herzogthum Westphalen, Unsere Unterthanen bisher ihre Familiennamen öfters verändert, und dagegen die Namen der Häuser, oder der Güter, in deren Besitz sie gekommen

sind, angenommen und geführt haben, ja daß sogar an manchen Orten die ursprünglichen Geschlechtsnamen verschiedener Einwohner durch besondere, aus persönlichen und blos zufälligen Umständen entstandene Beinamen verdrängt worden sind.

Es leidet keinen Zweifel, daß dergleichen Namensveränderungen nicht nur für die privatrechtlichen Verhältnisse der Unterhanen, zumal in Fällen, wo es auf den Beweis der Abstammung von einem längst verstorbenen Familien-Vater ankommt, von den nachtheiligsten Folgen sein können, sondern daß auch dadurch in der Staats-Administration selbst, und besonders in den Conscriptions-Geschäften, nicht selten Anstände, Unordnungen und Verwirrungen veranlaßt werden.

In dem über die Einrichtung und Führung der Kirchenbücher von Uns erlassenen Edikt vom 24. September 1807 ist nun zwar im §. 4. bereits eine, auf Abstellung jener Irregularität gerichtete Vorschrift enthalten. Da aber diese mehr die folgende — als die gegenwärtige Generation an feste Familiennamen bindet, und, wie sich gezeigt hat, den besonders in dem Herzogthum Westphalen bisher üblich gewesenen Namensveränderungen noch keine hinreichende Schranken setzt, so finden Wir Uns bewogen, folgende weitere gesetzliche Bestimmungen zu ertheilen:

§. 1. Vom Tage der Verkündigung gegenwärtiger Verordnung an darf kein Unterthan Unsers Großherzogthums seinen ursprünglichen Geschlechts- oder Familiennamen verändern.

Wer statt seines Familiennamens einen andern Namen, er leite sich her, woher er wolle, annimmt, und sich des letztern statt des erstern, bei seiner Unterschrift, oder bei der Angabe seines Namens bedient, verfällt für jeden einzelnen Contraventionsfall in eine Geldstrafe von Fünf Gulden, oder, falls er unvermögend ist, in eine fünftägige Gefängnißstrafe.

§. 2. Wer vor der Publikation dieser Verordnung seinen Geschlechtsnamen bereits verändert, oder, neben demselben, noch den Namen des Hauses oder Guts, das er besitzt, angenommen hat, darf diesen letztern Namen — jedoch nur in der Art fortgebrauchen, daß er jedesmal seinen vorzusetzenden wahren Familiennamen an-

geben, und bei seinen Unterschriften unterzeichnen muß, und den angenommenen Namen des Hauses oder Guts nur mit dem Worte: genannt, beifügen darf, z. B. Hermann Ripe genannt Wördehof, wo Ripe den Geschlechtsnamen und Wördehof den Namen des Guts bezeichnet.

Die angenommenen Namen des Hauses oder Guts sollen auf die Kinder des jetzigen Besitzers nicht übergehen, diese sollen vielmehr jetzt, als auch in der Folge, wenn sie selbsten in den Besitz des in Frage stehenden Hauses oder Guts kommen, blos ihren wahren Familiennamen führen.

Contraventionen gegen die in diesem §. enthaltenen Vorschriften werden mit der in dem vorhergehenden §. bestimmten Strafe geahndet.

§. 3. Wenn der ursprüngliche wahre Familiennamen eines Unterthanen nicht ausgemittelt werden kann, so soll derjenige Namen, welchen derselbe zur Zeit der Publikation dieses Edikts geführt hat, für den wahren Geschlechtsnamen gelten, und, bei Vermeidung der vorerwähnten Strafe, ohne alle fernere Verwechselung fortgeführt werden.

§. 4. Bei bereits geschehenen oder noch erfolgenden Adoptionen, ist es zwar dem Adoptirten erlaubt, neben seinem Geschlechtsnamen auch den Familiennamen des Adoptivvaters, jedoch nur auf die Weise, zu führen, wie es im §. 2 in Ansehung des angenommenen Namens eines Hauses oder Guts bestimmt worden ist.

Uebertretungsfälle sollen auch hier mit der im §. 1 bestimmten Strafe geahndet werden.

§. 5. Auf diejenigen Namensveränderungen, welche bei Weibspersonen dadurch entstehen, daß sie bei ihrer Verheirathung den Familiennamen des Mannes annehmen, hat diese Verordnung keinen Bezug; jedoch soll in öffentlichen Verhandlungen, wo der Name einer verheiratheten Weibsperson vorkommt, ihr eigener Familiennamen dem Geschlechtsnamen ihres Mannes mit dem Verbindungswort: geboren, beigesetzt werden, z. B. Catharine Müller, geborne Stratmann, wo der Name Müller den Familiennamen des Mannes und der Name Stratmann den Familiennamen der Frau bezeichnet.

§. 6. Die Veränderung der Taufnamen wird hiermit ebenfalls durchaus verboten.

Eltern, welche ihren Kindern andere Namen, als diejenigen, welche ihnen bei der Taufe gegeben worden sind, beilegen, sind der nämlichen Strafe unterworfen, welche im §. 1 auf die Veränderung der Familiennamen gesetzt worden ist.

§. 7. Wir machen es Unsern sämmtlichen Dienern, so weit es den Geschäftskreis eines jeden betrift, zur besondern Pflicht, mit aller Aufmerksamkeit auf die genaue Befolgung der vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen — und zu dem Ende insbesondere auch darauf zu sehen, daß bei allen öffentlichen Verhandlungen und Ausfertigungen, namentlich in den Conscriptionslisten, beim Ab- und Zuschreiben in den Flurbüchern und Steuerkatastern, in den Rechnungen, Hebregistern, Hypothekenbüchern, Berichten ꝛc. jederzeit die richtigen Tauf- und Familiennamen der Unterthanen nach den in den vorhergehenden §§. enthaltenen Vorschriften gebraucht werden.

§. 8. Die Geistlichen, welchen die Führung der Kirchenbücher, oder der Geburts-, Copulations- und Sterbe-Protokolle, obliegt, weisen Wir, mit Beziehung auf Unser obenerwähntes Edikt vom 24. September 1807 hiermit wiederholt und nachdrücklichst an, die äußerste Sorgfalt darauf zu verwenden, daß immer die wahren Familiennamen in die gedachten Protokolle eingeschrieben werden.

§. 9. Damit endlich der ferneren Verbreitung der, (nach §. 2) bereits angenommenen Beinamen desto wirksamer vorgebeugt werde, ist insonderheit auch den Schullehrern einzuschärfen, und die Aufmerksamkeit der Schulvorstände darauf zu richten, daß auch beim Schulunterricht die richtigen Familiennamen der Schulkinder gebraucht — und diese der von ihren Eltern angenommenen Haus- oder Gutsnamen entwöhnt werden.

Diese Verordnung ist zur allgemeinen Nachachtung gehörig zu verkündigen.

405. Darmstadt den 22. Dezember 1810.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Ueber die Statthaftigkeit und Art der, in Folge der eingetretenen provisorischen Steuer-Rektifikation, zu erhebenden Reklamationen gegen die neu ermittelten Steuer-Ansätze, sodann auch über deren Wirkungen: — fortwährende Steuerzahlung bis zum Resultate der Untersuchung, Restitution der von den Reklamanten zu viel bezahlten Steuern, Obereinnehmerei- und Flußbau-Gelder, mit Ausschließung der Vergütung der anderweitigen nach dem Steuerfuß repartirten Beiträge, und Berichtigung des Anschlags der zu gering oder gar nicht katastrirten Objekte ohne Forderung einer Nachzahlung —, werden ausführliche Bestimmungen gegeben.

Bemerk. Die Großherzogliche Regierung zu Arnsberg hat am 4. September 1813, zur Ausführung der vorbezeichneten Verordnung, rücksichtlich der im Herzogthum Westphalen stattgefundenen neuen Bestimmung aller Größen und Steuerkapitalien der Grundstücke, ein besonderes Reglement erlassen, wodurch ausführlich bestimmt wird, wie die Beschwerden: a. über zu hohen Anschlag des Steuerkapitals einzelner Individuen, b. über unverhältnißmäßige Anschläge ganzer, zu demselben Amte gehöriger Taxationsbezirke gegen einander, und c. über unverhältnißmäßige Anschläge ganzer Aemter gegeneinander, angemeldet und untersucht und resp. die Prägravationen beseitigt werden sollen.

---

406. Arnsberg den 22 Dezember 1810.

Großherzogl. H. Regierung.

Für amtliche Verrichtungen, welche das Armenwesen betreffen, dürfen die landesherrlichen Beamten und Amtsschreiber keine Gebühren ansetzen und erheben.

---

407. Darmstadt den 24. Dezember 1810.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Den Standes- und Patrimonial-Gerichtsherrn kann in ihren Bezirken nicht gestattet werden, die Krämerei-

Gerechtigkeit auf einzelne Häuser dergestalt zu verleihen, daß solche als ein anklebendes Realrecht auf jeden dritten Besitzer mit übergeht, indem dieses keine bloße Lokal-Concession, sondern ein wahres Privilegium reale begründet, dessen Ertheilung dem Landesherrn ausschließlich zustehet. Ueberhaupt sollen dergleichen Krämerei-Concessions-Verleihungen auf Häuser ferner nicht mehr stattfinden.

---

408. Darmstadt den 28. Dezember 1810.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Da Wir Uns bewogen gefunden haben, die bisherige Einrichtung, nach welcher das Uns zustehende Salpeterregal durch Unsere Hofkammern verpachtet wurde, aufzuheben; so verordnen Wir hiermit gnädigst:

1. Das Salpeterwesen soll künftig unter der Oberdirection Unsers Ober-Kriegs-Collegs, als zu dessen Ressort gehörig, stehen und zunächst durch eine, von Uns hierzu besonders ernannte, Commission administrirt und geleitet werden.

2. Jede Unserer Provinzen soll in einzelne, nach Beschaffenheit der Umstände größere oder kleinere, Distrikte abgetheilt werden, von welchen immer einer Einem Salpetersieder auf eine gewisse Zeit, zwar unentgeldlich, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, zu bearbeiten überlassen wird, daß der darin gewonnen werdende Salpeter um einen, nach Verhältniß der Zeitumstände festzusetzenden, Preis nur allein in Unser Salpeter-Magazin zu Darmstadt, oder wo Wir ein solches anzulegen für gut finden werden, abgeliefert werden darf.

Es wird sowohl den Salpetersiedern selbst, als auch ihren Angehörigen, Gehülfen und Knechten bei 14tägiger, oder nach Befinden bei 4wöchiger Zuchthaus- oder anderer körperlichen Strafe verboten, den raffinirten Salpeter, und das beim Sieden sich ergebende Salz, an Apotheker, Materialisten, Künstler, Handwerker, oder wer es sonst sein mag, oder aber Holz und Asche im Lande oder außer Landes zu verkaufen, oder auf eine sonstige Art zu veräußern.

Die Käufer sind im Uebertretungsfall, außer der Confiscation, unnachsichtlich mit einer Strafe von 25

Reichsthaler, welche zu einem Drittheil der Angeber erhalten soll, oder einer verhältnißmäßigen Zuchthaus-Strafe, zu belegen. Es soll indessen, wenn demnächst hinlänglicher Vorrath von Salpeter vorhanden ist, einem jeden der nöthige Bedarf um billige Preise und in der verlangten Qualität, aus dem Magazin abgegeben werden.

3. Den Salpetersiedern wird die Befugniß ertheilt, allenthalben und an allen denjenigen Orten, wo Salpeter-Erde zu vermuthen ist, zu graben, es sei dies nun in Ställen, Remisen, Scheuern, Schoppen, Mistbehältern, leeren Kellern oder andern unterirdischen Gewölben, alten Schlössern und unbewohnten Gebäuden Unserer Diener sowohl, als aller übrigen Unserer Unterthanen, weß Standes sie auch sein mögen, und sollen hiervon die Uns eigenthümlich zustehenden Gebäude nicht ausgeschlossen bleiben. Sämmtliche Gebäude Unserer Residenz und außer derselben, alle Wohnstuben, Kammern, Küchen und was sonst noch zur eigentlichen Wohnung Unserer Unterthanen gehört, sind jedoch, so wie alle Kirchen und Gott geheiligte Orte, befreit und hiervon ausgenommen.

4. Damit indessen diese den Salpetersiedern ertheilte Befugniß so wenig, als nur immer möglich ist, zur Bedrückung Unserer Unterthanen gereichen kann; so befehlen Wir, daß:

a. jedes Gebäude, in welchem einmal nach Salpeter gegraben worden ist, wenigstens während eines Zeitraums von 6 bis 8 Jahren, wenn anders nicht außerordentliche Fälle eintreten, wieder verschont bleiben soll, und haben sich die Salpetersieder hiernach strenge zu achten. Sie dürfen

b. nur, wenn sie mit einem schriftlichen, von der ernannten Commission ausgefertigten und unterschriebenen, Patent versehen sind, die Erlaubniß nach Salpeter zu graben, begehren, und haben sich mit demselben, und zwar wenigstens 14 Tage vorher, ehe sie ihr Geschäft anfangen wollen, an denjenigen Justiz- oder Hoheits-Beamten, dessen Amts-Bezirk es betrifft, zu wenden, und diesen um eine Anweisung an die ihm untergebenen Ortsschultheißen zu ersuchen.

Der Beamte wird sofort dem Vorstand des Orts, in welchem der Salpetersieder zu graben gedenkt, den Namen desselben sowohl, als seiner Gehülfen genau

angeben, damit sich nicht ein Anderer unbefugterweise erlauben kann, das Eigenthum Unserer Unterthanen zu stören, — und den Ortsvorstand anweisen, dem Salpetersieder alle erforderliche Unterstützung zu leisten. In den sämmtlichen Gebäulichkeiten des Orts ist sodann auf die, in dieser Verordnung vorgeschriebene Art, und nach der den Salpetersiedern noch besonders ertheilten Instruction, und zwar dergestalt zu graben, daß Niemand, wer es auch sein mag, verschont bleibt, und wird hier das Geben und Nehmen von Geschenken, so wie alle Arten von Bestechungen, um das Graben nach Salpeter-Erde abzuhalten, bei angemessener unausbleiblicher Strafe, ernstlich untersagt.

c. Die Salpetersieder haben ferner alle mögliche Rücksicht auf die Verhältnisse der Unterthanen, so wie auf die verschiedenen Jahreszeiten zu nehmen, und dürfen in Ställen nur, wenn das Vieh näher zusammengestellt, oder anderwärts schicklich untergebracht werden kann, und in Scheuern nur, wenn sie mit unausgedroschenen Früchten nicht mehr angefüllt sind, in der Erndte- und Dreschzeit aber durchaus nicht, ohne besondere Bewilligung der Eigenthümer, graben.

d. Sie sollen dabei jederzeit in gehöriger Entfernung, und zwar immer eben so viel Schuhe, oder Zolle von den Mauern oder Wänden entfernt bleiben, als sie die Erde tief ausheben, die Fundamente der Gebäude nicht verletzen, auch ihre Bütten und Züber zum Auslaugen gehörig zugedeckt halten, und sich in den Raum einschränken, den das Lokale gestattet, damit sie die Eigenthümer so wenig, als möglich, an ihrer Arbeit hindern.

e. Der Ort, wo sie ihre Siedereien errichten wollen, soll zwar ihrer Wahl überlassen bleiben, doch soll ihnen nicht erlaubt sein, ihre Siedgeschirre anders, als mit Zuziehung des Ortsvorstandes, und zwar nur an solchen Plätzen aufzustellen, wo sie durchaus nicht gefährlich werden können: auch dürfen sie solche, ohne Bewilligung des Justiz- oder Hoheitsbeamten, nicht wieder versetzen, oder an einen andern Platz verlegen. Es soll jedoch bei Bestimmung dieses Platzes die Gemächlichkeit der Salpetersieder jederzeit berücksichtigt werden.

f. Ueberhaupt haben sie sich sorgfältig zu hüten, daß sie den Unterthanen keine Veranlassung zu ge-

rechten Beschwerden geben, und müssen allen und jeden, absichtlich oder durch ihre eigene und ihrer Gehülfen Ungeschicklichkeit oder Nachlässigkeit verursachten, Schaden ohne Widerrede ersetzen.

g. Sie sollen ferner ihre einmal angefangene Arbeit möglichst schnell beendigen, und keine längere Zeit damit zubringen, als das Ausgraben und Auslaugen der Erde erfordert, auch nach beendigtem Geschäft die Gruben wieder ausfüllen und alles in den vorigen Stand vollkommen wieder herstellen. Es soll hierbei den Eigenthümern unbenommen bleiben, gegenwärtig zu sein, und wenn sie es für gut finden, gemeinschaftlich mitzuwirken.

h. Ehe und bevor die Salpetersieder einen Ort, wo sie gearbeitet haben, verlassen, haben sie sich vom Schultheißen oder Ortsvorstand eine Bescheinigung, daß sie nach der vorgeschriebenen Art gegraben, kein Gebäude, wo Salpetererde zu vermuthen war, verschont, auch zu keiner Beschwerde Veranlassung gegeben, und in dem Ort keine Schulden hinterlassen haben, ausstellen zu lassen, und dieselbe dem einschlägigen Justiz- oder Hoheitsbeamten zuzustellen, welcher sie an Unser Ober-Kriegs-Collegium einzuschicken hat.

5. Wir versehen Uns bei diesen, lediglich auf die mehrere Sicherstellung Unserer getreuen Unterthanen gegen alle Willkühr der Salpetersieder abzweckenden Verfügungen, daß Niemand sich dem Graben nach Salpeter, und den erlaubten und nöthigen Anrichtungen der Salpetersieder widersetzen, oder denselben Hindernisse in den Weg legen wird, und wollen Wir alle, denselben absichtlich verursacht werdende, Verhinderung und erweislichen Zeitverlust strenge mit dem Ersatz des daraus entstandenen Schadens, bestraft wissen.

6. Es wird Unsern Unterthanen bei Vermeidung angemessener Geld- oder nach Befinden Leibesstrafe verboten, an die im §. 3. dieser Verordnung benannte, den Salpetersiedern zum Graben überlassene Orte, Materialien zu bringen, welche der Erzeugung des Salpeters hinderlich sind, oder dieselbe gar unmöglich machen; indessen soll es erlaubt sein, Kalk, Speis, oder Mörtel, Schutt, jedoch ohne Steine, Sägespäne und andere, der Fäulniß leicht unterworfene, Materialien in die, von den Salpetersiedern gemachten Gruben zu werfen.

7. Das Ausführen der Salpetererde auf Aecker und Wiesen wird bei fünf Gulden Strafe per Karn oder Wagen untersagt, und wird der Grund aus den Scheuer-Barren auf die Aecker zu bringen nur in so weit gestattet, als sich derselbe mit dem Rechen abbringen läßt. Auch sollen

8. alle und jede Unserer Unterthanen, wenn sie ihre Häuser oder Gebäude einreissen wollen, vorher den Salpetersieder des Distrikts hiervon in Kenntniß setzen, damit die darin befindliche gute Salpetererde nicht verlohren geht.

Der Salpetersieder hat sodann sogleich und möglichst schnell den Schutt und die Erde auszulaugen, und die Unterthanen sollen, 14 Tage nach gemachter Anzeige, auf den Salpetersieder zu warten, nicht mehr verbunden sein. Obgleich

9. Wir in Ansehung des freien Verkaufs der Holzasche Unsere Unterthanen auf keine Art beschränken wollen; so erwarten Wir doch, daß es den Salpetersiedern an diesem, zur Erzeugung des Salpeters so höchst nöthigen Materials und zwar in guter Qualität und in billigen Preisen, nicht fehlen wird, und befehlen Unsern Justiz- und Hoheitsbeamten, dafür zu sorgen, daß die Salpetersieder die Holzasche jederzeit um die gewöhnlichen Land-läufigen Preise, und zwar ohne Verzögerung, erhalten können, und dadurch an ihrer Arbeit durchaus nicht aufgehalten werden.

Wir behalten Uns vor, wenn der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden sollte, die strengsten Maßregeln gegen den Verkauf der Holzasche ins Ausland, und den Aufkauf auswärtiger Käufer im Lande, eintreten zu lassen.

Damit aber die Salpetersieder nicht mehr Asche verlangen, als zur Fabrikation des Salpeters nöthig ist, und nicht selbst etwa damit eignen Handel treiben können; so hat die Commission in den auszufertigenden Autorisationen oder Patenten, den ungefähren Bedarf, nach Verhältniß der, von den Salpetersiedern zu liefern übernommenen Quantität Salpeters, zu bemerken.

10. In Ansehung des zum Raffiniren des Salpeters erforderlichen Holzes, befehlen Wir, daß dasselbe den Salpetersiedern möglichst in der Nähe der Orte, wo sie ihre Siedereien etabliren, um die gewöhnlichen Preise

und in der Qualität, wie es ihnen nöthig ist, aus Unsern Waldungen soll abgegeben werden, und wird Unser Ober-Forst-Collegium die desfalls geeignete Verfügung treffen.

11. Ueber alle in dieser Unserer Verordnung enthaltene Bestimmungen, so wie überhaupt in allen, zwischen den Unterthanen und den Salpetersiedern entstehenden Streitigkeiten, über verweigertes Graben, verkaufte Asche, Beschädigungen ꝛc. haben Unsere Justiz- und Hoheitsbeamten in erster, und Unser Ober-Kriegs-Collegium in zweiter Instanz, nach Maßgabe dieser von Uns gegebenen gesetzlichen Bestimmungen, und zwar jedesmal in möglichster Kürze und mit Berücksichtigung des, dem einen oder dem andern Theil zugefügten Schadens, zu entscheiden.

Unseren Justiz- und Hoheitsbeamten machen Wir es zur besondern Pflicht, den Salpetersiedern alle erforderliche Hülfe zu leisten, übrigens aber auf ihren Handel und Wandel, so wie überhaupt auf ihre Aufführung, ein wachsames Auge zu halten, und nach Möglichkeit zu sorgen, daß sie die ihnen angewiesenen Distrikte gewissenhaft bearbeiten und keinen Salpeter verschleppen.

12. Die in Unsern Landen ansässigen Salpetersieder sollen übrigens die Freiheit für ihre Person, und die Frohndfreiheit auf ein oder zwei Stück Zugvieh, wenn sie deren zum Salpetersieden benöthigt sein sollten, und solche nicht zur Bebauung eigener oder gepachteter Güter gebrauchen, in ihrem ganzen Umfang zu genießen haben, von ihren allenfallsigen Grundstücken und andern Gewerben aber diejenigen Abgaben zu leisten schuldig sein, denen Unsere sämmtlichen übrigen Unterthanen unterworfen sind.

13. Ihre Söhne und Knechte sind, soweit sie solche zu ihrem Geschäft nöthig haben, und so lange sie bei ihnen wirklich in Arbeit stehen, mit der Ausnahme zu Kriegsdiensten zu verschonen, und wird hierbei zum Grundsatz angenommen, daß ihnen nach Verhältniß der Größe ihrer Geschirre und der Quatität des Salpeters, den sie jährlich in Unser Magazin abliefern, zwei bis drei Gehülfen zu einem Geschirr, jedoch ohne Zurechnung ihrer Lehrlinge, belassen werden sollen. Sie dürfen jedoch keine Lehrlinge ohne ausdrückliche Erlaubniß Unsers Ober-Kriegs-Collegs, und keine Knechte, wenn solche bereits

als Soldaten enrollirt sind, annehmen. Wollen und können sie aber einen oder den andern ihrer Söhne als Salpetersieder in Unseren Staaten etabliren, ihn mit einem separaten Geschirre versehen, und besitzt er die erforderlichen Kenntnisse, so soll derselbe vom Rekrutenzug befreit bleiben.

14. Ausländische Salpetersieder, welche zur Betreibung dieses Geschäfts in Unsere Lande kommen, sollen freien Ein- und Abzug, Freiheit von allen Abgaben, und Befreiung von der Conscription für ihre mitarbeitenden Söhne zu genießen haben. Lassen sie sich aber in Unsern Landen nieder, welches ihnen, wenn sie die gehörige Inferenden dociren können, unverwehrt bleibt; so haben sie die, in vorstehenden §. §. 12 und 13 bemerkten, den inländischen Salpetersiedern bewilligten, Immunitäten anzusprechen.

15. Wir ertheilen endlich denselben bei dem Transport des Salpeters und des Salzes nach Unserm Magazin, so wie auch des Salpeterwassers nach ihren Siedereien die Freiheit von allen Chaussee- und Zoll-Abgaben, und wollen, daß sie in Ansehung ihres Geschäfts, als Salpetersieder, keinen Steuern unterworfen sein sollen.

Diese Unsere Verordnung soll durch den Druck öffentlich bekannt gemacht, und in allen Ortschaften Unsers Großherzogthums den versammelten Gemeinden vorgelesen werden. Unsere Justiz- und Hoheitsbeamten haben sich deren Aufrechthaltung ernstlich angelegen sein zu lassen, und Unsere sämmtlichen Unterthanen den darin enthaltenen Vorschriften auf das genaueste nachzukommen.

---

409. Arnsberg den 29. Dezember 1810.

Großherzogl. H. Regierung.

Mit Bezug auf die Verordnung vom 15. Novb. 1807 (Nr. 247 d. S.) wird das, Behufs der zwangsweisen Aufbietung und Leistung der zum Wegebau erforderlichen Hand- und Spanndienste, von den Beamten und von dem Wegebaumeister zu beachtende Verfahren, sodann auch die denselben wechselseitig und gemeinschaftlich obliegenden Mitwirkungen zur Beförderung des Wegebaues,

ausführlich (in 9 §. §.) festgesetzt. Gegen Säumnisse und Nachlässigkeiten der Beamten sollen die Strafbestimmungen vom 29. Septbr. 1788 (Nr. 884 d. 1. Abth. d. S.) in Anwendung kommen.

Bemerk. Dieselbe Behörde hat nachträglich zu obigen Bestimmungen am 23. Februar 1811 u. A. die zu publizirende Verfügung erlassen:

„daß jeder fahrpflichtige Unterthan verbunden ist, „auf das Aufgebot des großherzogl. Amtmanns „oder Schultheißen, mit der verlangten Anzahl „Zugvieh, seinem Karren oder Wagen und dem „dazu gehörigen Geschirr, an dem (zum Wegebau) „bestimmten Ort und zur bestimmten Zeit zu erscheinen und die ihm vom Wegeaufseher anzuweisenden Fuhren zu leisten; und daß von dem „auf das Aufgebot ausbleibenden Fahrpflichtigen 8 Thaler für den Tag sofort beigetrieben „werden sollen, welche derjenige erhält, der die „Fuhren diesen Tag über für ihn leistet."

---

410. Arnsberg den 3. Januar 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Zur Ermittelung und Constatirung stattgefundener Wildschäden, welches oft nur durch eine prompte Expertise möglich ist, sollen in den resp. Amtsbezirken ein oder mehrere Techniker, oder des Jagdwesens kundige Personen ernannt, verpflichtet und den Unterthanen bekannt gemacht werden, welche die beschädigten Erzeugnisse kultivirter Grundstücke, auf amtliche Weisung oder auch auf Begehren der Beschädigten in Augenschein zu nehmen und darüber ihr Gutachten zu erstatten haben, ob der Schaden durch Wildpret oder durch zahmes Vieh angerichtet ist.

Die auf den Grund solcher Atteste bei den Aemtern zu erhebenden Entschädigungs-Klagen müssen, in sofern sie gegen den Jagd-Fiskus gerichtet sind, dem einschlagenden landesherrlichen Ober-Förster insinuirt werden.

---

411. Arnsberg den 8. Januar 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die am 29. September 1788 erlassene churkölnische Verordnung (Nr. 884 d. 1. Abth. d. S.), wodurch den Behörden die pünktlichste Beachtung der ihnen zu Berichts-Erstattungen angesetzten Fristen, bei Geld-, Suspensions- und Dienstentsetzungs-Strafen, befohlen wird, wird wiederholt verkündigt, und werden alle landesherrliche Beamten zur genauesten Berücksichtigung ihres Inhalts angewiesen.

---

412. Darmstadt den 16. Januar 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Behufs gleichförmiger Organisation des gesammten Forstwesens in den Großherzoglichen Landen werden ausführliche, die staatspolizeiliche Wirksamkeit der Forstverwaltung, die öffentlichen Behörden für diesen Zweck und für die Forstgerichtsbarkeit, so wie die Amts-Pflichten und Befugnisse dieser Behörden regulirende Vorschriften, in 6 Abschnitten und 114 Paragraphen ertheilt.

Hierdurch wird u. A. bestimmt, daß das ganze Staatsgebiet, ohne Rücksicht auf Boden-Gattung, durchaus aneinandergrenzend, in Oberforste, diese in Forste und jeder derselben in Forstreviere eingetheilt werden soll; daß die Gesammtheit unter dem Ober-Forst-Collegium, jeder Oberforst unter einem Oberforstmeister oder wirklichen Forstmeister, (auch Oberforst-Behörden genannt), jeder Forst unter einem Oberförster, und jedes Forstrevier unter einem Revierförster stehen soll, welch Letzterm noch gehende Förster und Forstmitaufseher, Unterförster und Waldschützen, als blos schützende Forstdiener, nach Maßgabe des Bedürfnisses, subordinirt, und daß, zur Berechnung der landesherrlichen Forsteinkünfte aus einzelnen oder mehreren Oberforsten, besondre Forstverwalter angeordnet werden sollen.

Gegenstand der Amtsbefugnisse und Amtspflichten dieser Revierförster, Oberförster und Oberforstbehörden sind alle in ihren resp. Bezirken gelegene Landesherrliche, Kommunal- und Privat-Waldungen, zu welch zweiten die Forsten der Städte, Dorfge-

meinden, so wie aller Korporationen und Stiftungen, insbesondre auch die Markenwaldungen, sodann aber zu den Privat-Forsten auch die Waldungen der Standesherren und adlichen Gerichtsherren gezählt werden. —

Der Revierförster ist: 1. schützender Forstdiener und Organ der niedern Forstpolizei, 2. administrirender Forstdiener der in seinem Revier liegenden Kommunalwaldungen, mit Ausschließung aller desfallsigen Geld-Einnahme und Ausgabe, 3. Administrator der in seinem Amtsbezirk befindlichen landesherrlichen Waldungen und 4. forstpolizeilicher Aufseher der in seinem Revier vorhandenen standesherrlichen u. a. Privatwaldungen, so wie Ausführer der rücksichtlich derselben von der obern Forstbehörde ergehenden Befehle.

Der Oberförster hat 1. über das Betragen der ihm untergebenen Unterforstbeamten, sodann auch auf die Vollziehung der die Forst-Polizei- und Verwaltung betreffenden Gesetze und Anordnungen zu wachen und die Administration und Kultur der gesammten Forsten von Amtswegen auf alle Weise zu befördern; 2. soll derselbe in Ansehung des Forstschutzes und der Forstvergehen sowohl die vorkehrenden als verfolgenden Maßregeln treffen, und insbesondre die Forstfrevel bei dem Forstgerichte denunciiren, diesem beiwohnen und die schleunige Execution dessen Erkenntnisse urgiren, auch über das Resultat jedes stattgefundenen Forstgerichtes der Oberforstbehörde referiren und endlich die Forstgrenzen gegen Gebrechen und Beeinträchtigungen sichern; 3. muß derselbe die Kommunalwaldungen in seinem Forste nach ihrer Größe und in ihrem Bestande vermessen und aufnehmen und hierauf ihren Cultur- und Nutzungs-Plan bauen, sodann deren Ausführung durch die Revierförster, so wie Holzfällungen und Holzanweisungen in den Kommunal-Waldungen, unter Mitwirkung der Kommunalbehörden speziell beaufsichtigen und leiten; endlich 4. soll der Oberförster a., in Rücksicht der Privatwaldungen der Standesherren und adlichen Gerichtsherren innerhalb ihrer Gerichtsbezirke die ihm von der Oberforstbehörde ertheilten Aufträge, wegen Untersuchung und Verbesserung der von den Besitzern selbst entworfenen und an die Oberforstbehörde einzureichenden Forstbeschreibungen, Bewirthschaftungs- und Cultur-Planen, ausführen, jedoch ohne Anknüpfung unmittelbarer Relationen mit den Standesherren und adlichen Gerichtsherren, sodann b., in An-

sehung anderer Privatwaldungen, — deren Größe zur eigener Bewirthschaftung hinlänglich ist, und deren Verwaltung durch eigene Oekonomieoffizianten geschieht —, der Besitzer eigenen Cultur- und Nutzungsplane erhalten, prüfen und festsetzen, die Holzfällungen revidiren und mit den Eigenthümern verhandeln, und c, alle übrige Privatforsten in Reviere zusammenlegen und deren Verwaltung leiten und beaufsichtigen; wobei überhaupt — im Gegensatz zu den Kommunalwaldungen — festgesetzt wird, daß den Privatforst-Besitzern, so viel es die Grundsätze der Forstpolizei gestatten, in der Wahl der Mittel zur Nutzung ihrer Forsten freie Hände gelassen werden sollen.

Der Oberforstbehörden dirigirende und inspicirende Amts-Befugnisse und Pflichten in obigen Beziehungen werden ausführlich bestimmt; ferner wird auch die Art der landesherrlichen Ernennung und Dienstentsetzung aller Forstbeamten, bis inclusive der Revierförster, mit Gestattung einer Vorschlagsbefugniß zu Letztern für die mitbetheiligten Kommunen oder Privaten, und mit bedingter Zulassung der, landesherrlich zu bestätigenden, Anordnung der blos schützenden Forstbedienten in den ausschließlich den Kommunen oder Privaten zugehörigen Waldungen, durch deren Eigenthümer, festgesetzt; sodann auch der Umfang der theoretisch und praktischen Kenntnisse bezeichnet, welche den Forstbeamten in ihren verschiedenen Graden beiwohnen sollen, und rücksichtlich welcher sie sich der Staatsprüfung künftig unterwerfen müssen; und werden endlich die Besoldungs-Verhältnisse sämmtlicher Forstbeamten, so wie deren Ansprüche auf Vergütungen außerordentlicher Dienstleistungen in den Staats-, Kommunal- und Privat-Forsten regulirt.

Die Forstgerichtsbarkeit wird, mit Aufhebung aller frühern anderweitig bestandenen Forstgerichten, den Lokal-Justiz-Beamten, zum Theil als untersuchenden und zum Theil als erkennenden Behörden übertragen, und das desfalls zu beachtende Verfahren, so wie die Cognitions-Befugnisse der Lokaljustizbeamten und der Justiz-Collegien, desgleichen auch die erforderliche Concurrenz der Polizei- und Oberforst-Behörden ausführlich bestimmt, sodann auch festgesetzt, daß die Forstgerichte von den Lokaljustizbehörden vierteljährlich, regelmäßig abgehalten werden müssen.

Alle dem gegenwärtigen Gesetze widersprechende Statuten der Gemeinden, Korporationen und Stiftungen,

desgleichen alle Gesetze, Privilegien, Marken- und Markengerichts-Ordnungen, Observanzen, Litispendenzen u. a. Rechtstitel, aus welchen eine Ausnahme von den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes reklamirt werden möchte, sind aufgehoben.

Bemerk. Das Ober-Forst-Collegium zu Darmstadt hat am 25. Juli 1812, zur Beseitigung von Mängeln bei der Justizpflege in Forstsachen, und um den Protokollen über die vierteljährigen Forstgerichte in allen Gegenden des Großherzogthums, ohne Unterschied der Gerichtsbezirke, eine gleichförmige, die Uebersicht erleichternde und den Zweck der Sache befördernde Einrichtung zu verschaffen, den Justizbeamten, den Oberförstern und den Amtsschreibern ganz ausführliche, genau von ihnen zu beachtende Vorschriften ertheilt.

Durch die Großherzoglich Hessische Zeitung vom 29. Juli 1813 Stück Nr. 90 ist die stattgefundene Abgrenzung und Eintheilung des Oberforstes Brilon folgendermaßen bekannt gemacht worden.

A. Dieser Oberforst begreift in sich die Aemter Marsberg, Brilon, Medebach, Fredeburg, Bilstein, Olpe, Attendorn und Esloh, mit den dazu gehörigen Patrimonialgerichten Canstein, Padberg, Alme, Scharfenberg, Oberkirchen, Lenhausen und Oedingen, ausschließlich jedoch der zum Amt Esloh gehörigen Ortschaften Grevenstein, Meinkenbracht und derjenigen, welche den zu diesem Amt gehörigen Schultheißenbezirk Endorf bilden, als welche Ortschaften und Gemarkungen dem Oberforste Arnsberg zugetheilt worden sind.

B. Die Eintheilung des Oberforsts in Forste und Forstreviere ist folgende:

I. Forst Brilon.

Begreift die beiden Aemter Marsberg und Brilon mit den dazu gehörigen Patrimonialgerichten Canstein, Padberg, Alme, und Scharfenberg, ausschließlich jedoch des im Amt Brilon liegenden Theils der Gemarkung des Dorfs Siedlinghausen, als welcher zu dem Forst Glindfeld gezogen ist.

1. Forstrevier Canstein. Begreift das Patrimonialgericht Canstein.

2. Forstrevier Marsberg. Begreift die Gemarkungen von Marsberg, Erlinghausen, Girshagen und einen Theil der Gemarkung von Bredelar.

3. Forstrevier Bredelar. Begreift einen Theil der Gemarkung von Bredelar und die Gemarkungen von Madfeld, Nehden, Radlinghausen, Rösenbeck, Messinghausen, Helminghausen, Padberg und Beringhausen.

4 Forstrevier Alme. Begreift das Patrimonialgericht Alme.

5. Forstrevier Scharfenberg. Begreift einen Theil der Gemarkung der Stadt Brilon, sodann die Gemarkungen von Wülfte, Scharfenberg, Riren, Grimmlinghausen, Antfeld, Altenbühren und Eßhöfe.

6. Forstrevier Brilon. Begreift einen Theil der Gemarkung der Stadt Brilon, sodann die Gemarkungen von Thülen, Hoppke, Bontkirchen und Gudenhagen.

7. Forstrevier Assinghausen. Begreift die Gemarkungen von Bigge, Schellenstein, Helmeringhausen, Olsberg, Gierskopf, Elleringhausen, Assinghausen, Bruchhausen, Wulmeringhausen, Wiemeringhausen, Brunskappel und Elpe.

II. Forst Glindfeld.

Begreift das ganze Amt Medebach und überdas noch diejenigen Theile der Gemarkung des Dorfs Siedlinghausen, welche in den Aemtern Brilon und Fredeburg liegen.

1. Forstrevier Medebach. Begreift die Gemarkungen von Medebach, Berge, Ronninghausen, Medelon, Glindfeld, Küsselberg, Wissinghausen, Titmaringhausen, Deifeld, Referinghausen, Oberschledorn und Düdinghausen.

2. Forstrevier Hallenberg. Begreift die Gemarkungen von Hallenberg, Liesen, Züschen, Hesborn, Braunshausen und Dreislar.

3. Forstrevier Winterberg. Begreift die Gemarkungen von Winterberg, Elkeringhausen, Grönebach, Hildfeld, Niedersfeld, Silbach und Siedlinghausen.

III. Forst Fredeburg.

Begreift das Amt Fredeburg mit dem dazu gehörigen Patrimonialgericht Oberkirchen, jedoch mit Ausnahme a. des in diesem Amte gelegenen Theils der Gemarkung von Siedlinghausen, als welcher zum Forst Glindfeld gehört und b. der Gemarkungen von Niederlatmecke, Oberlatmecke, Arpe, Kückelheim, Werentrop, Bracht und Hebbecke, als welche zu dem Forst Esloh gehören.

1. Forstrevier Astenberg. Begreift die Gemarkungen von Astenberg, Nordenau, Lennepletze, Ober- Mittel- und Niedersorpe, Westenfeld, Oberkirchen, Holthausen und Winkhausen.

2. Forstrevier Bödefeld. Begreift die Gemarkungen von Bödefeld, Valme, Attenfeld, Brabecke, Westerhödefeld, Osterwald, Gellinghausen, Monekmid, Suchtrop, Dornheim, Föckinghausen, Hanxleden und Kirchrahrbach.

3. Forstrevier Fredeburg. Begreift die Gemarkungen von Fredeburg, Oberhenneborn, Oberrahrbach, Dorlar, Nierentrop, Kirchilpe, Altenilpe, Sellinghausen, Grimminghausen, Berghof, Niederberrendorf, Mönkhausen, Oberberrendorf, Mailar, Heiminghausen, Berghausen, Ebbinghof, Altenhof, Obringhausen, Wormbach, Serkentrop und Felbecke.

4. Forstrevier Schmallenberg. Begreift die Gemarkungen von Schmallenberg, Ober- und Niederfleckenberg, Grafschaft, Latrop, Almert, Harbecke und Werpe.

IV. Forst Esloh.

Begreift a. das Amt Esloh mit dem dazu gehörigen Patrimonialgericht Oedingen, jedoch mit Ausschluß der Gemarkungen von Grevenstein, Meinkenbracht und des Schultheißenbezirks Endorf, als welche zu dem Forst Stockum, Oberforsts Arnsberg, gehören. b. Aus dem Amt Attendorn das dazu gehörige Patrimonialgericht Lenhausen ganz und noch weiter denjenigen Theil dieses Amts, welcher auf der rechten Seite der Lenne liegt. c. Aus dem Amt Fredeburg die Gemarkungen von Habbecke, Bracht, Werentrop, Kückelheim, Arpe, Niederlatmecke und Oberlatmecke.

1. Forstrevier Esloh. Begreift die Gemarkungen von Blessenohl, Wenholthausen, Matmecke, Osterberg, Reiste, Bösinghausen, Büdenfeld, Erslinghausen, Herhagen, Landenbeck, Nichtinghausen, Fredebeul, Lohof, Bremscheid, Esloh, Niederesloh, Sallinghausen, Sieperting, Wenne, Mesmecke, Bumecke, Kückelheim, Niedersalwei, Obersalwei, Hengesbeck, Bremcke, Lüdingheim, Frielinghausen, Issingheim, Lochtrop, Husen, Serkenrode, Bracht, Beckstepen, Faulebutter, Schliprüden, Weuspert und Klingelborn.

2. Forstrevier Lenhausen. Begreift a. das ganze Patrimonialgericht Lenhausen und b. noch weiter die Gemarkungen von Bausenrode, Fretter, Ossentrop, Schönholthausen, Müllen, Werringhausen, Hesbecke, Sporke, Bamenohl und Deitmecke.

3. Forstrevier Oedingen. Begreift a. aus dem Amt Esloh das ganze Patrimonialgericht Oedingen und noch weiter die Gemarkungen von Darmecke, Schöndel, Wiebelshausen, Ramscheid, Hennighausen, Sterthof, Bockheim, Niedermarpe und Kobbenrode. b. Aus dem Amt Fredeburg die Gemarkungen von Habbecke, Bracht, Werentrop, Kückelheim, Arpe, Ober- und Niederlatmecke. c. Aus dem Amte Attendorn, die

Gemarkungen von Halberbracht, Heggen, Theten, Elspe, Oberelspe, Altwalbert, Elsperhausen, Niedermelbecke, und Obermelbecke.

V. Forst Bilstein.

Begreift a. das ganze Amt Bilstein und b. das Amt Attendorn, mit Ausschluß desjenigen, was davon, wie oben bemerkt wurde, zu dem Forst Esloh gezogen worden ist.

1. Forstrevier Saalhausen. Begreift die Gemarkungen von Lenne, Milchenbach, Hundesossen, Saalhausen, Stüppel, Kickenbach, Maumke, Meggen, Altenhunden, Kirchhunden, Bettinghof, Vaßbach, Herrndorf, Würdinghausen, Bruch, Selbecke, Erlhof, Stellborn und Schwartmecke.

2. Forstrevier Heinsberg. Begreift die Gemarkungen von Oberhunden und Adolphsburg, Marmecke, Rinsecke, Flape, Bömighausen, Ober- und Niederalbaum, Heinsberg, Brachthausen, Kohlhagen, Wirme, Ahe und Emlinghausen.

3. Forstrevier Bilstein. Begreift die Gemarkungen von Silberg, Varste, Breitenbruch, Mark, Heidschott, Berghof, Hofolpe, Welschenneſt, Benolpe, Rahrbach, Kruberg, Vahlenscheid, Oberveischede, Apolmicke, Bruchhausen, Schmellenberg, Kirchveischede, Bilstein, Kracht und Bonsel.

4. Forstrevier Helden. Begreift a. aus dem Amt Bilstein die Gemarkungen von Förde und Hengstebeck. b. Denjenigen Theil des Amts Attendorn, welcher zwischen den Flüssen der Bigge und Lenne liegt, jedoch mit Ausschluß derjenigen Waldung auf dem rechten Ufer der Bigge, welche zu der Domäne Ewig gehört.

5. Forstrevier Attendorn. Begreift a. den auf der linken Seite der Bigge und Lenne liegenden Theil des Amts Attendorn, jedoch mit Ausschluß des auf der linken Seite der

Lenne liegenden Theils des Patrimonialgerichts Lenhausen, als welcher zu dem Forstrevier Lenhausen, Forsts Esloh, gehört. Ferner b. die auf dem rechten Ufer der Bigge liegende Waldung der Domäne Ewig.

VI. Forst Olpe.

Begreift das ganze Amt Olpe.

1. Forstrevier Olpe. Begreift die Gemarkung der Stadt Olpe und alles dasjenige, was östlich und nördlich zwischen der Bigge und der von Olpe nach Siegen ziehenden Chaussee liegt.

2. Forstrevier Wenden. Begreift alles dasjenige, was außerhalb der Gemarkung der Stadt Olpe, zwischen der von Olpe nach Siegen ziehenden Chaussee, und dem alten von Olpe nach Cöln ziehenden Postweg liegt.

3. Forstrevier Drolshagen. Begreift alles dasjenige, was außerhalb der Gemarkung der Stadt Olpe auf der westlichen Seite des alten von Olpe nach Cöln ziehenden Postwegs, und sodann von da an, wo dieser Weg die Bigge durchschneidet, auf der linken Seite der Bigge liegt.

Durch die großherzogl. Hessische Zeitung vom 24. März 1814 Stück Nr. 36 ist ferner auch bekannt gemacht worden, daß gemäß landesherrlicher Entschließungen im vorigen und gegenwärtig laufenden Jahre das Geldrechnungswesen von der Administration der im Herzogthum Westphalen neu konstituirten Forsten getrennt, und besondern (benannten) Forstkassierern in den Forsten: Meschede, Glindfeld, Neheim und Stockum, Fredeburg, Olpe und Bilstein, Rüthen und Völlinghausen, Rumbeck und Brilon, provisorisch übertragen worden sei.

---

413. Darmstadt den 23. Januar 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Der schon in den gemeinen Rechten ausgesprochene Grundsatz, daß der Staat, wegen der von einem ver-

pachteten Steuer-Objekte zu entrichtenden Steuern und sonstigen nach dem Steuerfuß ausgeschlagenen Geldern, sich immerhin lediglich an den Eigenthümer, — wie auch dieser mit dem Pachter, rücksichtlich jener Abgaben kontrahirt haben möge —, zu halten befugt sei, wird zur allgemeinen Belehrung und Nachachtung bekannt gemacht.

---

414. Arnsberg den 24. Januar 1811.

Großherzogl. H. Kirchen- u. Schul-Rath.

Den sämmtlichen Pfarrern und Kirchen-Vorständen des Herzogthums Westphalen wird über die Verwaltungs- und Berechnungs-Art der Kirchen-, Kapellen- und Schul-Fonds eine ausführliche Instruktion ertheilt, wodurch die in den jüngsten erzbischöflichen Visitations-Rezessen (conf. ad Nr. 1022 d. 1. Abth. d. S. und Nr. 94 d. S.) enthaltenen gleichartigen Vorschriften erneuert und ergänzt werden. Zugleich werden alle Lokalbehörden, unter Mittheilung der Instruktion, angewiesen, auf Erfüllung der Letztern, bei der Revision der in ihren Bezirken abgelegt werdenden Kirchen- ꝛc. Rechnungen zu wachen.

---

415. Arnsberg den 5. Februar 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Da wo, in Folge früherer, auf das landesherrliche Organisations-Edikt vom 12. Oktober 1803 gegründeten Verfügungen, die jährlichen Armen-Rechnungen noch nicht zur Ober-Revision der Regierung gelangt sind, sollen die Orts-Pfarrer dafür sorgen, daß die Armen-Rechnungen pro 1810 sofort abgelegt, und, nebst den Original-Belägen, einer Abschrift der Rechnung, und zwei unmittelbar vorhergehenden Jahresrechnungen, binnen 4 Wochen zur Ober-Revision der Regierung eingesandt werden. — Künftig soll 14 Tage nach dem herkömmlichen und genau einzuhaltenden Tage der Rechnungs-Ablage, die bei dem bisherigen Armenvorstande abgelegte Original-Rechnung nebst Belägen, sodann eine

Abschrift der Rechnung, zur Revision eingereicht werden, nach deren Bewirkung die Original-Rechnung nebst Belägen remittirt werden wird.

---

416. Darmstadt den 9. Februar 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Da es mit der Befugniß zur Vertheilung einzelner Grundstücke und Gebäude in mehreren Theilen Unsers Großherzogthums ganz verschieden gehalten wird, bei solchen Vertheilungen aber eine doppelte Rücksicht zu nehmen ist, einmal in Beziehung der Zins- und Pachtberechtigten, wenn die einzelnen Grundstücke und Gebäude nämlich mit ständigen Grundbeschwerden belastet sind, und dann in polizeilicher Beziehung, so finden Wir nöthig, dieserhalb für Unsere Staaten Folgendes gnädigst zu verordnen:

I. Vorschriften in Hinsicht des Zins- und Pachtberechtigten.

§. 1. Wenn einzelne Grundstücke oder Gebäude mit Grundbeschwerden belastet sind, so können solche in Rücksicht des Zins- und Pachtberechtigten vertheilt werden, wenn der Eigenthümer der Grundstücke und Gebäude diese Grundbeschwerden entweder abkaufen will, oder wenn sie, in sofern ein und derselbe Zins- und Pachtberechtigte sie zu beziehen hat, auf den einen Theil des Grundstückes oder Gebäudes mit hinlänglicher Sicherheit, und zwar so, daß der Berechtigte ein dreifaches Unterpfand erhält, verunterpfändet werden können.

§. 2. Der Abkauf der Grundbeschwerden kann von dem die Vertheilung unternehmenden Eigenthümer des Grundstücks verlangt werden, wenn er ein für allemal das fünf und zwanzigfache der jährlichen Grundlast an den Berechtigten bezahlt, wobei diese Grundlasten, in so fern sie in Naturalien bestehen, nach einem Durchschnitte aus den letzten zehnjährigen Marktpreisen, in Geld anzuschlagen sind.

§. 3. Zweifel über die Hinlänglichkeit des Unterpfandes, wenn die Grundbeschwerden auf einen Theil des dermaligen ganzen Unterpfandes gelegt werden sollen (§. 1), oder über die anzunehmenden Preise für Natu-

ralien, wenn Grundbeschwerden abgekauft werden sollen (§. 2), werden, wenn sich die Partheien darüber nicht in Güte vereinbaren können, von Unsern einschlägigen Regierungen entschieden, und deren Entscheidungen sofort in Vollzug gesetzt, indem gegen alle, nach dieser Verordnung Unsern Regierungen zukommende, Entscheidungen eine Berufung an eine Justizbehörde nicht gestattet werden kann.

§. 4. Kann aber der Zins- und Pachtschuldige die Grundbeschwerden so wenig abkaufen, als ungetheilt auf den einen Theil des bisherigen ganzen Grundstücks oder Gebäudes hinlänglich verunterpfänden (§. 1.), so daß also bei der Vertheilung des Unterpfandes auch die Beschwerden mit verstückelt, und auf die einzelnen Theile theilweise neu verunterpfändet werden müßten, so kann die Vertheilung des Unterpfandes nur mit Bewilligung des Berechtigten bewirkt werden.

Eine Erhöhung der Grundbeschwerden solcher einzelnen Stücke darf aber, selbst auch mit Bewilligung beider Theile, ohne die Erlaubniß Unserer Regierungen nie Statt haben, so wie auch überhaupt neue Grundbeschwerden, ohne die ausdrückliche Erlaubniß der Regierung, von Unsern Unterthanen nicht ausbedungen und eingeführt werden können, und es soll diese Erlaubniß, sowohl zu einer Erhöhung alter, als zur Einführung neuer Grundbeschwerden nur in den dringendsten Fällen von Unsern Regierungen ertheilt werden. Geschieht aber dieses, oder werden von Uns bei Begebung von Steuer-Objekten in besondern Fällen Grund-Zinsen und Pächte vorbehalten, so kommen solche erhöhte oder neue Grundbeschwerden in sämmtlichen Orten, Aemtern und Landestheilen bei den Unterpfändern nach denjenigen Normen in Steuer-Kapitals-Abzug, wonach sie dem, der sie zu beziehen hat, nach den bestehenden Verordnungen bei der Besteuerung zum Ansatze kommen und ist desfalls in vorkommenden Fällen von den Peräquatoren in den Steuerbüchern das Geeignete besonders zu bemerken.

§. 5. Der Zins- und Pachtschuldige hat die projektirte Vertheilung der einzelnen Grundstücke und Gebäude, und wie er die Abkaufung der Beschwerden, oder auch die ungetheilte Verunterpfändung derselben auf den einen Theil des bisherigen Unterpfandes bewirken will,

dem Berechtigten anzuzeigen, und wenn dieser Unser Fiskus ist, so hat er desfalls von den einschlägigen Rentbeamten ein Protokoll aufnehmen zu lassen, welches derselbe mit gutachtlichem Berichte an Unsere Hofkammer zur weitern Verfügung einsenden wird.

§. 6. Ueber jeden Abkauf von Grundbeschwerden, so wie auch, wenn sie unverstückelt oder verstückelt auf einzelne Theile des bisherigen ganzen Grundstücks oder Gebäudes neu verunterpfändet werden sollen, muß auf Kosten des Eigenthümers des Grundstückes oder Gebäudes eine förmliche Urkunde aufgestellt, und von der geeigneten Behörde konfirmirt werden, worauf alsdann die Vertheilung des Grundstückes oder Gebäudes, wenn ihr so wenig in polizeilicher Beziehung, als in sonstiger rechtlicher Hinsicht ein Hinderniß im Wege steht, vor sich gehen kann.

§. 7. Sind Grundbeschwerden abgekauft, oder verstückelt oder unverstückelt auf einzelne Theile des bisherigen Grundstückes oder Gebäudes neu verunterpfändet, oder sind endlich einzelne Grundstücke oder Gebäude getheilt worden, so müssen diese Veränderungen bei dem nächsten halbjährigen Ab- und Zuschreiben in den Steuerbüchern mit Vorlegung der darüber aufgestellten Urkunden, Kaufbriefe, Theil- und Loszettel ꝛc. eben so wie jede andere Besitzveränderung von immobilen Steuerobjekten, den einschlägigen Steuer-Peräquatoren angezeigt werden, welche alsdann, nach genauer Einsicht dieser Urkunden, Kaufbriefe, Theil- oder Loszettel ꝛc. das Erforderliche in den Steuerbüchern zu wahren, und die Steuerkapitalien für die einzelnen Objekte neu zu berechnen haben.

§. 8. Da in verschiedenen Orten und Aemtern Unseres Großherzogthums bei dem dermaligen Steuerwesen, und so lange, bis eine Hauptsteuer-Regulirung bewirkt ist, die Grundbeschwerden bei der Veranschlagung der Unterpfänder nicht ganz in demselben Verhältnisse in Abzug gekommen sind, wie sie dem Berechtigten im Ansatz stehen, so wird hier ausdrücklich verordnet, daß, im Falle Grundbeschwerden abgekauft werden, das bisherige Steuerkapital des belasteten Grundstücks dadurch nur um so viel erhöht werden darf, als den Berechtigten wegen der ihnen abgekauften Grundbeschwerden nach den beste

henden Normen hätte im Ansatz stehen, und nun abgeschrieben werden müssen, und es ist deswegen von den Steuer-Peräquatoren das Geeignete in den Steuerbüchern besonders zu bemerken.

§. 9. Werden aber die Grundbeschwerden nicht abgekauft, sondern entweder unverstückelt oder verstückelt auf einzelne Theile des bisherigen ganzen Grundstücks oder Gebäudes neu verunterpfändet; so werden die Abzüge wegen dieser Beschwerden bei den einzelnen Theilen nach denselben Normen berechnet, wonach sie in den einschlägigen Orten, Aemtern und Landestheilen bei der Veranschlagung der Steuer-Objekte überhaupt berechnet, und in Abzug gekommen sind.

II. Vorschriften in polizeilicher Hinsicht.

§. 10. Wenn der Vertheilung der einzelnen Grundstücke in rechtlicher Hinsicht, und dann auch in Absicht der Berechtigten nichts im Wege steht, so daß die Stücke entweder mit gar keinen Grundbeschwerden belastet sind, oder daß desfalls das Erforderliche nach §. 1—6 besorgt ist; so können sie von den Eigenthümern (jedoch mit Ausnahme der Waldungen, und nach den Umständen auch der Hofraithen) bewirkt werden.

§. 11. Weil sich jedoch die Gewohnheit eingeschlichen hat, daß besonders bei Erbvertheilungen, ohne alle Ueberlegung fast jedes einzelne Güterstück unter die verschiedenen Erben verstückelt, und diese Verstückelung oft ohne Noth zu weit getrieben wird, wodurch nicht blos zu vieles Land in Furchen zu liegen kommt, sondern der Totalertrag auch noch auf mancherlei andere Weise vermindert wird; so dürfen die Vertheilungen der einzelnen Grundstücke nicht Statt haben, es habe denn derjenige, welcher sie zu bewirken wünscht, mit dem Orts-Feldgerichte sorgfältig überlegt und berathen, ob nicht die Verstückelung sowohl zu seinem privat- als auch zum allgemeinen Wohle vermieden, und ob, vorzüglich bei Erbvertheilungen, die Auseinandersetzung nicht besser, ohne Verstückelung einzelner Grundstücke, durch ganze Stücke und allenfalls durch Herauszahlung geringer Geldsummen, bewirkt werden könne.

§. 12. Findet das Feldgericht die Verstückelung räthlich oder nothwendig, oder wird auch nur nach gepfloge-

ner Berathung, von Seiten des Eigenthümers auf die Verstückelung bestanden; so hat er ferner mit dem Feldgerichte zu überlegen, auf welche Weise solche alsdann am vortheilhaftesten bewirkt werden könne. Ob sie nemlich am besten so statt habe, daß das Stück seiner ganzen Länge nach getheilt, oder wie es gewöhnlich genannt wird, gespalten, oder ob es, wenn die Umstände es erlauben, nicht vortheilhafter queer abgeschnitten oder getrumpt werde.

§. 13. Sollen Hofraithen getheilt werden, so muß über die Nützlichkeit solcher Vertheilungen ebenfalls mit dem Gerichte zu Rathe gegangen, und diese Berathung nachgewiesen werden. Kann eine gänzliche Vertheilung der Hofraithen nicht Statt haben, sondern soll diese so geschehen, daß einzelne Theile der Hofraithe den künftigen Besitzern zur gemeinschaftlichen Benutzung verbleiben; so ist solche so sehr als thunlich zu widerrathen. Besteht aber der Eigenthümer dennoch auf der Vertheilung; so machen Wir denjenigen Behörden, welche die Theilungs-Urkunden auszufertigen und zu konfirmiren haben, es hierdurch zur besondern Pflicht, dahin zu sehen, daß die Vertheilungs-Bedingungen so genau bestimmt werden, daß alle Streitigkeiten und Prozesse, die wegen der gemeinschaftlich verbleibenden Theile und Berechtigungen für die Zukunft zu befürchten sein möchten, so viel als möglich vermieden werden.

§. 14. Eine entscheidende Stimme kommt dem Gerichte bei den Berathungen nach §. 11, 12 und 13 nicht zu. Diese Berathungen müssen aber jedesmal zuvor gepflogen und hinlänglich nachgewiesen werden, ehe die Vertheilung Statt haben, und die erforderlichen Urkunden, als Kaufbriefe, Theil- oder Looszettel ꝛc. darüber von den geeigneten Behördrn ausgefertigt und konfirmirt werden dürfen.

§. 15. Zur Vertheilung der Gebäude muß in jedem Falle um die Erlaubniß nachgesucht werden. Können und sollen die Gebäude so getheilt werden, daß ein jeder Theil ganz für sich abgesondert wird, und einzeln in Bau und Reparatur erhalten werden kann, und können und sollen besonders die Feuerungsanstalten für jeden Theil ganz abgesondert werden; so kann diese Erlaubniß zur Vertheilung von Unsern Beamten; im entgegengesetzten

Falle aber kann dieſe Erlaubniß nur von Unſern Regierungen ertheilt, und wird von denſelben nur in ganz beſonders dringenden Fällen geſtattet werden.

§. 16. Eben ſo iſt zur Vertheilung von Waldungen die Erlaubniß nöthig, die bei Unſerm Ober-Forſt-Kolleg ausgewirkt werden muß.

§. 17. Ein jeder welcher die Vertheilung eines einzelnen Grundſtücks oder Gebäudes bewirkt hat, muß, ſo lange die jetzige proviſoriſche Steuer-Verfaſſung beſteht, für jeden dadurch in den Lagerbüchern vermehrten Poſten, oder wie es gewöhnlich genannt wird, für jedes dadurch vermehrte Item, derjenigen Gemeinde, zu deren Gemarkung das vertheilte Objekt gehört, zwölf Kreuzer in die Gemeindekaſſe als Entſchädigung entrichten, indem durch ſolche Vertheilungen die Lagerbücher früher, als ſonſt nothwendig geweſen ſein würde, neu gemacht werden müſſen, woraus derſelben Koſten entſtehen.

---

417. Darmſtadt den 9. Februar 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Wir haben Uns überzeugt, daß die bis jetzt, theils zu Folge des Herkommens, und theils durch ausdrückliche Verordnungen, beſtehenden Einrichtungen, wodurch die Vertheilung der geſchloſſenen Güter beſchränkt iſt, dem dermaligen Zuſtande der Landes Kultur nicht mehr entſprechen, und haben deshalb für Unſer Herzogthum Weſtphalen, wo vorzüglich das Kolonats- und das mit dem Beſitze von Gütern verbundene Leibeigenſchaftsweſen, und als Folge davon die Untheilbarkeit der Güter beſtand, unterm 5. Novbr. 1809 (Nr. 360 d. S.) eine Verordnung erlaſſen, wodurch dieſes Kolonats- und Leibeigenſchaftsweſen, ſo wie auch die Untheilbarkeit der Güter aufgehoben iſt, welcher Verordnung Wir hierdurch für Unſer ganzes Großherzogthum dahin geſetzliche Kraft ertheilen, daß überall, wo wegen des Beſitzes der Güter gleiche Kolonats- und Leibeigenſchaftsverhältniſſe beſtehen, ſie auch gleiche Anwendung, wie für das Herzogthum Weſtphalen, finden ſoll. Da aber in mehreren Theilen Unſerer Lande die Güter geſchloſſen gehalten werden, ohne daß daſelbſt die obigen Kolonats- und Leibeigenſchafts-

verhältnisse Statt haben; so finden Wir für nöthig, in Hinsicht der künftigen Theilbarkeit der Güter dieser Art, für Unsere gesammten Lande Folgendes gnädigst zu verordnen:

§. 1. Nachfolgende gesetzliche Vorschriften, wornach die Vertheilung geschlossener Güter bewirkt werden kann, beziehen sich nicht auf die Lehen- Erbleih- lebenslänglich begebenen, und auf längere oder kürzere Zeit verliehenen Güter.

Sind es aber keine dergleichen, und können diese Güter von dem Eigenthümer unbedingt, und bisher allein mit der Beschränkung, daß sie nicht vertheilt werden durften, verkauft und vererbt werden; so ist deren Vertheilung, nach Vorschrift dieser Verordnung, künftig zu bewirken.

§. 2. Sämmtliche bisher gebunden gehaltene eigenthümliche, nach §. 1. nicht ausgenommene Güter, die am meisten unter dem Namen Huben-, Stamm- oder Meier-Güter vorkommen, und die nur im Ganzen veräußert werden, oder nur an einen Erben ungetheilt übergehen konnten, können von jetzt an von den Eigenthümern unter nachstehenden Bedingungen vertheilt werden.

§. 3. Wenn auf den bisher geschlossenen, oder untheilbaren Gütern außer den Steuern keine besondere Grundlasten ruhen; so kann die Vertheilung derselben, in so fern ihr keine andere rechtliche Hindernisse im Wege stehen, eben so, wie bei den schon immer theilbaren Gütern, ohne weiteres von den Eigenthümern vorgenommen werden.

§. 4. Wenn aber die geschlossenen Güter mit besondern Grundlasten beschwert sind; so ist hierbei zu unterscheiden, ob diese Grundbeschwerden bestehen:

a. in ständigen jährlichen Geldzinsen und Natural-Pächten, oder Gülten, oder

b. allein, oder neben jenen ständigen Beschwerden, in unständigen Abgaben, und besondern Dienstbarkeiten.

Sind geschlossene Güter mit Grundbeschwerden dieser letztern Art behaftet, so müssen, wenn von den Eigenthümern derselben deren Vertheilung soll bewirkt werden können, solche entweder durch gütliche Uebereinkunft der Partheien, oder wenn diese nicht Statt haben kann, nach

folgenden Normen (§. §. 5—11) zuvor in ständige jährliche Abgaben verwandelt werden.

§. 5. Iſt die Laſt, und auch die Anzahl von Jahren, worin ſie wiederkehrt, ſtändig, ſo iſt dieſe Laſt durch die Anzahl der Jahre getheilt, als ſtändige jährliche Laſt zu übernehmen.

§. 6. Iſt die Laſt unſtändig, die Anzahl der Jahre aber, worin ſie wiederkehrt, ſtändig, ſo iſt aus den drei letzten Fällen, wonach die Laſt entrichtet werden mußte, im Mittel zu nehmen, und dieſes Mittel in die Anzahl der Jahre getheilt, giebt die dafür künftig jährlich zu entrichtende ſtändige Laſt.

§. 7. Iſt die Laſt ſtändig, aber die Anzahl der Jahre, worin ſie wiederkehrt, unſtändig, und hängt dieſe Wiederkehr von dem Sterbefall einer Perſon, entweder des jedesmaligen Eigenthümers des belaſteten Gutes, oder des jedesmaligen Berechtigten, ab; ſo ſoll dieſe Laſt, mit dreißig getheilt, die dafür zu übernehmende ſtändige jährliche Laſt ſein.

Hängt die Wiederkehr der Laſt ſowohl von dem Sterbefall des jedesmaligen Eigenthümers des belaſteten Guts, als auch des Berechtigten ab; ſo ſoll die Laſt, mit funfzehen getheilt, die dafür zu übernehmende ſtändige Laſt ſein.

Hängt die Wiederkehr der Laſt von noch andern Beſtimmungen ab; ſo ſoll, nach der Natur der Beſtimmungen, wonach die Laſt mit Wahrſcheinlichkeit wiederkehren wird, der Diviſor angenommen, und darnach die für dieſe unſtändige Laſt zu übernehmende ſtändige jährliche Laſt ausgemittelt werden.

§. 8. Iſt ſowohl die Laſt, als auch die Anzahl von Jahren, worin ſie wiederkehrt, unſtändig; ſo iſt eine mittlere ſtändige Laſt nach §. 6. und eine mittlere ſtändige Wiederkehr nach §. 7. feſtzuſetzen, und hiernach, zu Folge §. 5., die dafür zu übernehmende ſtändige jährliche Laſt zu beſtimmen.

§. 9. Beſtehen die unſtändigen Grundbeſchwerden in Abgaben in Geld oder Naturalien; ſo ſollen die dafür, nach §. 5—8 zu regulirenden ſtändigen jährlichen Abgaben, auf eine gleiche Weiſe in Geld, oder den entſprechenden Naturalien feſtgeſetzt werden.

Zehnten sind jedoch unter den unständigen Lasten, deren Veränderung in ständige jährliche Abgaben nach §§. 5—11 und deren demnächstige Verunterpfändung auf einzelne Guts-Stücke nach §§. 12—16 bewirkt werden kann, nicht mit begriffen.

§. 10. Entstehen über die Anwendung der §§. 5—8 vorgeschriebenen Normen, Zweifel; so haben die Eigenthümer der geschlossenen Güter desfalls an Unsere einschlägigen Regierungen sich zu wenden, welche alsdann die für solche unständigen Grundlasten zu übernehmenden ständigen jährlichen Lasten nach obigen Normen zu reguliren haben.

§. 11. Sind die geschlossenen Güter mit Dienstbarkeiten, die mit der Theilbarkeit derselben unvereinbarlich sind, behaftet; so müssen solche Dienstbarkeiten, wenn die Güter getheilt werden sollen, zuvor in einen ständigen jährlichen Geldzins verwandelt werden.

Können die Dienstpflichtigen und Berechtigten über die Verwandlung der Dienstbarkeit in einen jährlichen Geldzins in Güte sich nicht vereinigen: so sind Unsere einschlägigen Regierungen diejenigen Behörden, welche solche Entschädigungen, nachdem zuvor beide Theile darüber vernommen sind, darnach zu reguliren haben, daß dem Berechtigten ein solcher jährlicher Geldzins bestimmt werde, welcher dem Werthe der bisherigen Dienstbarkeit gleich kommt.

§. 12. Bestehen die Grundbeschwerden eines geschlossenen Gutes blos in ständigen jährlichen Abgaben, oder sind die darauf ruhenden unständigen Lasten, und mit der Theilung des Gutes unverträglichen Dienstbarkeiten nach §§. 5—11 zuvor in ständige jährliche Abgaben verwandelt worden; so müssen, wenn die Vertheilung des Gutes von dem Eigenthümer soll bewirkt werden können, sämmtliche ständige Abgaben, entweder mit fünf und zwanzig gegen eins abgekauft werden, wobei die Naturalien nach einem Durchschnitte aus den letzten zehenjährigen Marktpreisen in Geld anzuschlagen sind; oder wenn der Eigenthümer des belasteten Gutes dieses nicht will, so müssen sämmtliche ständige Abgaben, auf einzelne, zu dem Gute gehörige Stücke verunterpfändet werden, und zwar kann der Berechtigte verlangen, daß jedes einzelne Unterpfand wenigstens den dreifachen Werth des Kapi-

tal-Werths, oder den fünf und siebenzigfachen Werth der einfachen, darauf gelegt werdenden ständigen jährlichen Abgaben, besitze, wobei die ständigen jährlichen Natural-Abgaben ebenfalls nach einem Durchschnitte aus den letzten zehenjährigen Marktpreisen in Anschlag zu bringen sind.

§. 13. Bei der Verunterpfändung der ständigen jährlichen Abgaben auf die einzelnen Güterstücke, kommt es darauf an, ob diese Abgaben so gering sind, daß ein einziges Gutsstück ein hinreichendes Unterpfand nach §. 12 dafür gewährt, oder ob sie auf mehrere einzelne Güterstücke getheilt verunterpfändet werden müssen. Ist dieses letztere der Fall, so kann der Berechtigte, als Entschädigung für die demnächstige vielleicht etwas schwierigere Erhebung seiner Gefälle, verlangen, daß der Betrag seiner sämmtlichen, auf dem ganzen Gute haftenden ständigen jährlichen Abgaben um ein fünfzigstel erhöhet, und daß diese Erhöhung entweder auf dieselbe Weise, wie die übrigen ständigen Abgaben mit verunterpfändet, oder wenn der Pflichtige es lieber will, mit fünf und zwanzig gegen eins abgekauft werde.

§. 14. Die nach §. 13 unter Umständen Statt findende Erhöhung der ständigen Abgaben wird in eine Geldabgabe regulirt, bei deren Berechnung die auf dem ungetheilten Gute haftenden Natural-Abgaben auf die §. 12 vorgeschriebene Weise in Anschlag kommen.

§. 15. Haften mehrerlei, an verschiedene moralische oder physische Personen zu leistende ständige jährliche Abgaben auf einem geschlossenen Gute; so können solche auf verschiedene einzelne Gutsstücke, in sofern diese nur nach §. 12 ein hinreichendes Unterpfand dafür gewähren, verunterpfändet werden, ohne daß deshalb eine Erhöhung der Abgaben nach §. 13 verlangt werden kann, wenn nur diejenigen Abgaben, welche eine und dieselbe moralische oder physische Person zu beziehen hat, auf ein einzelnes Gutsstück ungetrennt verunterpfändet werden.

§. 16. Können die Partheien über die Hinlänglichkeit der Unterpfänder sich nicht in Güte verständigen; so ist der Eigenthümer des Gutes, welcher die Vertheilung desselben bewirken will, gehalten, eine Abschätzung des Werths der projectirten Unterpfänder, von dem Ortsschultheißen und Gerichte auf seine Kosten beizubringen.

Fällt diese Abschätzung, welche die Schultheißen und Gerichte für die für ähnliche Arbeiten herkömmlichen Gebühren, nach Pflicht und Gewissen aufzustellen haben, so aus, daß die Hinlänglichkeit des Unterpfandes nach §. 12 daraus hervorgeht, welches im Zweifelsfalle Unsere einschlägigen Regierungen zu beurtheilen haben; so kann der Berechtigte der Vertheilung des Gutes nicht weiter widersprechen, indem gegen alle, nach dieser Verordnung Unsern Regierungen zukommenden, Entscheidungen ein Rekurs an eine Justizbehörde nicht Statt hat.

§. 17. Wenn unständige Grundlasten und Dienstbarkeiten in ständige jährliche Lasten verwandelt werden (§. 5—11), und eben so, wenn Lasten, welche bisher auf einem ganzen Gute hafteten, abgekauft, oder auf einzelne Gutsstücke vertheilt und verunterpfändet werden; so müssen darüber auf Kosten des Eigenthümers des Guts förmliche Urkunden aufgestellt werden, und nur nach Vorlegung solcher Urkunden kann eine wirkliche Vertheilung eines Gutes geschehen.

§. 18. Ist eine solche Vertheilung des Guts erfolgt, sind unständige Lasten und Dienstbarkeiten in ständige jährliche Abgaben verwandelt oder dergleichen auf ganzen Gütern haftende auf einzelne Grundstücke verunterpfändet worden; so muß dieses mit Vorlegung der konfirmirten Kaufbriefe, Theil- oder Loszettel, eben so, wie jede andere Besitzveränderung von immobilen Steuer-Objekten, den Steuer-Peräquatoren bei dem nächsten Ab- und Zuschreiben angezeigt, und darauf von denselben das nöthige gewahrt werden.

§. 19. Da in verschiedenen Orten und Aemtern bei dem dermaligen Steuerwesen, und so lange, bis eine Haupt-Steuer-Regulirung bewirkt ist, die Grundbeschwerden bei der Veranschlagung der Unterpfänder nicht ganz in demselben Verhältnisse in Abzug gekommen sind, wie sie dem Berechtigten im Ansatz stehen: so wird hier noch ausdrücklich verfügt, daß, im Falle Grundbeschwerden abgekauft werden, das bisherige Steuerkapital des belasteten Grundstückes dadurch nur um so viel erhöht werden darf, als den Berechtigten, wegen der ihnen abgekauften Grundbeschwerden, nach den bestehenden Normen hätte in Ansatz stehen, und nun abgeschrieben werden müssen.

Eben so kommen diejenigen, nach §. 5—11 entstandenen neuen ständigen jährlichen Abgaben, wenn die dafür weggefallenen unständigen Lasten bei dem Steuerkapital nicht in Abzug gekommen waren, nach denjenigen Normen in Steuerkapitals-Abzug, wonach sie den Berechtigten in Steuerkapitals-Ansatz kommen.

§. 20. Obige Vorschriften, wonach die Vertheilung geschlossener Güter von den Eigenthümern derselben bewirkt, und die auf einem ganzen Gute bisher gelegenen Lasten auf einzelne Theile desselben gelegt werden können, erstrecken sich jedoch nur darauf, daß mehrere ganze Gutsstücke an verschiedene Besitzer übergehen können, indem die Vertheilung einzelner, zu einem geschlossenen Gute gehörigen Grundstücke und Gebäude nur nach der, wegen der Verstückelung einzelner Grundstücke und Gebäude überhaupt ergangenen allgemeinen Verordnung, bewirkt werden kann.

§. 21. Gehören Waldungen zu einem geschlossenen Gute, so können solche bei der Gutsvertheilung nur alsdann mit vertheilt werden, wenn sie verschiedene, von einander gänzlich abgesonderte Waldstücke ausmachen.

§. 22. Ist Unser Fiskus der Zins-, Pacht- oder Dienstherr; so haben die Eigenthümer der geschlossenen Güter, wenn sie entweder unständige Lasten oder Dienstbarkeiten in ständige jährliche Abgaben verwandeln, oder die auf den ganzen Gütern ruhenden Lasten abkaufen, oder endlich auf einzelne Gutstheile verunterpfänden wollen, in allen Fällen, worin sie nach obigen Vorschriften den Berechtigten desfalls Anzeigen zu machen, oder mit denselben Uebereinkünfte zu treffen haben, sich an Unsere einschlägige Rentbeamte zu wenden, die sie darüber zu Protocoll nehmen, und solche Protocolle mit ihren gutachtlichen Berichten an Unsere Hofkammern zur weitern geeigneten Verfügung einsenden werden.

---

418. Arnsberg den 16. Februar 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die bestehende, an verschiedenen Orten nicht gehörig beachtet werdende Verordnung:

1. daß die Pfarrkirchen zur Brandversicherungs-Anstalt mit zugezogen werden sollen,

2. daß das Nämliche mit den Kapellen geschehen soll, in welchen ordentlicher und gewöhnlicher Gottesdienst gehalten wird;

3. daß blos die adlichen Besitzer der isolirt liegenden, bisher nicht eingetragenen Häuser und Gebäude vom Beitritt befreiet bleiben sollen, dagegen aber

4. jeder Austritt aus der Societät bei adlichen und unadlichen Häuserbesitzern durchaus unzulässig sein soll — wird nochmals, und mit der Weisung zu pünktlicher Nachachtung, in Erinnerung gebracht.

---

419. Darmstadt den 20. Februar 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Die Landesherrlichen, Standesherrlichen und Patrimonialgerichtsherrlichen Schultheißen müssen sich des Wirthschafts-Betriebes, als eines mit ihrem Amte unverträglichen Gewerbes, durchaus enthalten, und soll auf die pünktliche Befolgung dieser Verordnung in allen Theilen des Großherzogthums strenge gewacht werden.

---

420. Arnsberg den 21. Februar 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Bei den Landes-Dikasterien soll auf Eingaben und Gesuche von Supplikanten, in Gegenständen, welche entweder ganz oder zunächst in den Wirkungs-Kreis der Unter-Behörden gehören, nur dann Rücksicht genommen werden, wenn zugleich nachgewiesen wird, daß das Gesuch bei der Unter-Behörde angebracht worden und ohne Erfolg geblieben ist, oder wenn erhebliche Ursachen angeführt werden, weshalb solche Nachweisung nicht beigebracht werden kann.

---

421. Darmstadt den 26. Februar 1811.

Großherzogl. H. Ober-Forst-Collegium.

Zur Ausführung desjenigen, was in der Verordnung über die Forstorganisation vom 16. Januar dieses Jahrs hinsichtlich der Privatwaldungen vorgeschrieben ist, wird, in Gemäßheit eines, gleichzeitig mit jener Verordnung ergangenen allerhöchsten Befehls, hiermit erklärt und verfügt:

1. Von der forsteilichen speciellen Aufsicht sollen gänzlich befreit sein:

a. Alle Waldbäume, welche einzeln um Wohnungen, oder einzeln an oder in Gärten, Aeckern, Wiesen, Weiden oder Weinbergen stehen.

b. Alle kleine Remisen oder Holzanlagen, welche einzeln und abgesondert von Waldungen, an oder zwischen Wohnungen, Gärten, Aeckern, Wiesen, Weiden oder Weinbergen liegen.

2. Die Eigenthümer dieser Bäume oder kleinen Holzanlagen dürfen jene und das auf diesen wachsende Holz fällen, auch die kleinen Holzanlagen ganz ausrotten und zu andern Kulturarten verwenden, ohne daß sie nöthig haben, die Erlaubniß dazu oder die Anweisung des Holzes bei der Forstpolizeibehörde nachzusuchen.

3. Damit aber, unter dem Vorwand, daß das Holz an den Nr. 1. lit. a. oder b. genannten Stellen gehauen worden sey, nicht Forstfrevel begangen oder begünstigt werden mögen, so soll der Eigenthümer dieser Stellen, innerhalb zweimal 24 Stunden, nachdem darauf eine Holzfällung vorgenommen ist, dem Revierförster davon die Anzeige machen, bei Vermeidung einer Strafe von einem bis zu drei Gulden. Der Revierförster soll darüber, daß, und wann diese Anzeige geschehen ist, auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung, und zwar ganz unentgeltlich, auf ungestempeltem Papier ertheilen.

4. Welche Holzanlagen unter die Kategorie Nr. 1. lit. b. gehören, soll, im Falle, daß wegen ihrer Lage oder Größe darüber Zweifel obwalten könnte, gleich nachdem das Forstrevier gebildet ist, gemeinschaftlich von den Oberforstbehörden und den Beamten, worunter in de standesherrlichen Bezirken und den Patrimonialgerichten

die Hoheitsbeamten zu verstehen sind, dem Oberforstkollegium in Vorschlag gebracht werden.

5. Da die Nr. 1. lit. a und b. genannten Bäume und kleinen Holzanlagen nur von der speciellen forstpolizeilichen Aufsicht befreit sind, so folgt, und wird zur Vermeidung aller Mißverständnisse ausdrücklich erklärt, daß durch diese Befreiung keine Aenderung entstehe in den privatrechtlichen Verhältnissen, welche hinsichtlich der Benutzung jener Bäume oder Holzanlagen dergestalt statt finden könnten, daß ein Anderer, als der Eigenthümer des Bodens, das Holz ganz oder zum Theil zu nutzen, oder daß derselbe aus privatrechtlichen Gründen zu bestimmen hätte, ob dasselbe gefällt werden darf oder nicht.

6. Da die Gemeinden, Korporationen und Stiftungen nicht bloß der forstpolizeilichen Aufsicht unterworfen sind, sondern in Ansehung aller Waldbäume, welche dazu gehören, noch überdas unter der Obervormundschaft des Oberforstkollegiums stehen, so finden die Bestimmungen Nr. 1. lit. a. und b. auf sie keine Anwendung. Es bleibt vielmehr hinsichtlich alles Gehölzes, welches diese moralische Personen besitzen, es mag an Stellen stehen, wo es immer wolle, bei der Regel, daß keine Fällung oder Ausrottung vorgenommen werden darf, wenn nicht der geeignete öffentliche Forstdiener die Anweisung ordnungsmäßig verrichtet hat.

Bemerk. Dieselbe Behörde hat mittelst zweier besondern gleichzeitigen Verordnungen

a. bestimmt, daß die bis zum 1. Juli 1811 vorfallenden Forst-Frevel auf die bisher übliche Weise verfolgt und bestraft, hingegen die später stattfindenden Vergehen in Gemäßheit der allgemeinen Forst-Ordnung behandelt und vor die, zwischen dem 1. und 20. October d. J. von den Justizbeamten zuerst abzuhaltenden Forstgerichte gezogen werden sollen; sodann:

b. die Standesherren, adlichen Gerichtsherren und übrigen Besitzer von Privat-Waldungen aufgefordert, die ihnen obliegende Anzeige ihrer bereits angeordneten Waldhüter und Forst-Oekonomie-Offizianten bis zum 15. April d. J. zu verwirklichen.

422. Arnsberg den 26. Februar 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die großherzogl. Posthalter im Herzogthum Westphalen sind mit der Hälfte ihrer Pferde von der Dienstpflichtigkeit (zu Staats-Frohnden ꝛc.) befreit.

---

423. Darmstadt den 27. Februar 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Die vormals gutsherrlichen Gefälle, die Zehnten, und überhaupt alle, auf dem Grundvermögen haftende Lasten sind im Herzogthum Westphalen so mannichfaltig, daß die specielle Berechnung und Katastrirung derselben einen sehr großen Kosten- und Zeitaufwand veranlassen würde. Das neue provisorische Steuerkataster ist für das Herzogthum Westphalen eins der dringendsten Bedürfnisse. Um dessen Vollendung nicht lange aufzuhalten, um ihm eine zweckmäßige, leicht zu übersehende Einrichtung geben zu können, und um zugleich alle Veranlassung zu verderblichen Streitigkeiten zwischen dem Berechtigten und Verpflichteten über den wechselseitigen Steuerbeitrag zu heben, finden Wir Uns bewogen, für das Herzogthum Westphalen Folgendes zu verordnen.

§. 1. Der Grundeigenthümer hat alle Steuern und öffentliche Abgaben, welche nach dem Fuße der Grundsteuern auf das Grundvermögen gelegt werden, allein zu tragen. Dagegen soll

§. 2. Der Grundeigenthümer, dessen Grundeigenthum mit einer Abgabe an vormalige Gutsherren oder überhaupt mit einer Grundlast beschwert ist, die Befugniß haben, dem Berechtigten jährlich den fünften Theil dessen, was er ihm von seinem belasteten Grund-Vermögen für das Jahr zu leisten hat, in Abzug zu bringen.

§. 3. Sind vormals geschlossene Güter, zu denen Grundstücke gehören, die im Auslande liegen, im Ganzen mit Lasten beschwert; so wird es der gütlichen Uebereinkunft zwischen dem Grundeigenthümer und Berechtigten überlassen, festzusetzen, welcher Theil dieser Lasten, als

auf den, innerhalb der Gränzen des Herzogthums Westphalen gelegenen, Grundstücken haftend, betrachtet werden soll. Kommt diese gütliche Uebereinkunft nicht zu Stande; so soll der Berechtigte verbunden seyn, eine, in legaler Form vorgenommene Taration des reinen Ertrags der, im Auslande gelegenen, zu dem vormals geschlossenen Gut gehörigen, Grundstücke, beizubringen, damit darnach, und nach dem Steuer-Kapital der, innerhalb der Landesgränze gelegenen, Grundstücke, die Repartition der Lasten gemacht, und der, in Abzug zu bringende fünfte Theil bestimmt werden kann.

§. 4. Der Eigenthümer von zehntpflichtigen Grundstücken soll, der Zehnte mag in natura ausgenommen werden, oder in einem Geld- Sack- oder Blut-Zehnten bestehen, das Recht haben, an Zehnten jährlich den fünften Theil weniger zu entrichten, als er bisher zu entrichten schuldig war.

§. 5. Die durch gegenwärtige Verordnung festgesetzten Entschädigungen werden dafür gegeben, daß der Grundeigenthümer die Steuer und öffentlichen Abgaben, welche nach dem Grundsteuer-Fuß auf das Grundvermögen fallen, allein zu tragen hat. Diese Entschädigungen fangen also erst mit dem Jahre an, für welches die Grundsteuer nach dem provisorischen neuen Steuerkataster ausgeschrieben wird, und sie hören auf, sobald als die Grundlasten des Grundvermögens abgelöst sein werden.

§. 6. Dem Eigenthümer Weidepflichtiger Grundstücke soll der Weideberechtigte von demjenigen aliquoten Theil, des, auf den Weidepflichtigen Grundstücken haftenden, Steuerkapitals, welcher dem Antheil der Steuer entspricht, der in Gefolg Unserer Verordnung vom 19. April 1808 (Nr. 261 d. S.) dem Weideberechtigten zur Last fällt, jährlich den fünften Theil baar entrichten. Hat also z. B. der Weideberechtigte, in Gefolg der gedachten Verordnung, den 6ten Theil der Steuer des Weidepflichtigen Grundstücks übernommen; so soll er von dem 6ten Theil des, auf den Weidepflichtigen Grundstück haftenden, Steuerkapitals, (worunter der ausgemittelte jährliche reine Ertrag verstanden wird,) den 5ten Theil an den Grundeigenthümern jährlich bezahlen. Die Schuldigkeit des Berechtigten zu dieser Bezahlung fängt aber nicht eher an, als bis der Grundeigenthümer nun die Verthei-

lung der Steuer auf das Weidepflichtige Grundstück und die Weideberechtigung, nach Maaßgabe Unserer Verordnung vom 19. April 1808 angerufen und die Steuerausschreibung nach dem provisorischen neuen Steuerkataster angefangen haben wird. Sie hört auf, sobald die Auseinandersetzung der Weideberechtigungen und die Abfindung des Weideberechtigten geschehen ist.

§. 7. Der Eigenthümer eines Waldes, worauf Holzberechtigungen haften, soll dafür, daß er alle, auf solchem Walde fallenden, Grundsteuern und nach dem Fuße der Grundsteuer zu tragenden, öffentlichen Lasten entrichtet, die Befugniß haben, dem Berechtigten jährlich den fünften Theil desjenigen Holzes oder der sonstigen Waldprodukte, welche der Berechtigte aus dem Walde für das Jahr zu beziehen hat, in Abzug zu bringen. Ist die Berechtigung der Quantität und Qualität nach bestimmt, so fängt diese Entschädigung mit dem Jahre an, für welches die Grundsteuer nach dem provisorischen neuen Steuerkataster erhoben wird. Ist die Berechtigung zur Beholzigung hingegen ungemessen; so fängt diese Entschädigung erst dann an, wenn der Waldeigenthümer, nach Maßgabe Unserer Verordnung vom 9. Juli 1808 (Nr. 276 d. S.) darauf, daß die ungemessene Berechtigung auf eine gemessene jährliche, der Quantität und Qualität nach bestimmte, Holzabgabe festgesetzt werde, provocirt hat, und die Steuerausschreibung nach dem neuen provisorischen Steuerkataster angefangen hat.

Diese Verordnung soll in Unserm Herzogthum Westphalen gehörig verkündiget und genau befolgt werden.

---

424. Darmstadt den 8. März 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Da Wir wahrgenommen haben, daß die von den Berg- und Hüttenwerken im Herzogthum Westphalen Uns zustehenden Gefälle an Zehnten und Wochen-Eisen meistens nur in einem sehr geringen Preise, und nicht selten unter dem dritten und vierten Theil ihres Werths aus der Ursache haben benutzt werden können, weil entweder die Eigenthümer der Berg- und Hüttenwerke auf denen Uns diese Gefälle zustehen, sich weigerten, dafür einen,

dem wahren Werthe nur einigermaßen angemessenen, Preis zu zahlen, oder weil in den Fällen einer damit vorgenommenen Versteigerung, es gänzlich an Konkurrenz fehlte, indem eines Theils die meisten Zehnt- und Wochen-Eisen-Gefälle, wegen weiter Entlegenheit, von andern Hütten- und Hammer-Besitzern nicht gebraucht werden konnten, andern Theils auch Vereinigungen mehrerer Gewerker unter sich verspürt worden sind, welche den Endzweck hatten, den Preis Unserer Zehnt- und Wochen-Eisen-Artikel nieder zu halten, wodurch dann, statt des verordneten wahren Zehntens, nur der Zwanzigste, Dreißigste, oder oft nur der Vierzigste zu Unserer herrschaftlichen Kasse geflossen, und dabei die Administration unnöthiger Weise kostspielig und belästigt worden ist; — So haben Wir, um einestheils die von den Berg- und Hüttenwerken Uns zustehenden Gefälle der wahren Absicht nach zu beziehen und deren Administration zu vereinfachen, anderntheils auch um den Gewerken selbst die Kosten und die Zeit zu ersparen, welche sie zu deren Abmessung, Abwiegung und Aufbewahrung verwenden müssen, zu verordnen Uns gnädigst bewogen gefunden und verordnen hiermit:

daß bei den Bergwerken der Mineral-Zehnte durch Unsere Bergmeister und Geschwornen in einem jeden Revier, nach den für Unser Höchstes sowohl, als für das gewerkschaftliche Interesse ihnen obliegenden Pflichten, nach seinem wahren Werth und mit Berücksichtigung der für seine Zugutemachung vorhandenen günstigen und ungünstigen Umstände, so wie es in Hinsicht des Eisensteins ohnehin schon in der Bergordnung XII. Theil, der Art. 10 (Nr. 117 d. 1. Abth. d. S. pag. 451) ausdrücklich vorschreibt, taxirt, der Metall-Zehnte aber, wo Uns derselbe zusteht, so wie das Wocheneisen, nach den jeden Jahrs statthabenden Durchschnitts-Verkauf-Preisen angeschlagen, und so von den Gewerken bezahlt werden sollen.

Urkundlich ꝛc.

---

425. Arnsberg den 9. März 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

In der Instruktion zur Aufnahme des Grundvermögens und Klassifikation der Grundstücke im Herzogthum

Westphalen vom 15. März 1807 (Nr. 220 d. S.) wurde eine Untersuchung über den Gehalt der mancherlei in dieser Provinz üblichen Fruchtmaaße angekündigt. Diese Untersuchung ist nunmehr vollendet.

Zur richtigen Beurtheilung der Resultate, welche sich dabei ergeben haben, wird folgendes vorausgeschickt:

1. Die unregelmäßige Form der Muttermaaße, welche mehr oder weniger von der cylindrischen Form abweicht, schloß die Möglichkeit aus, den Gehalt der Maaße durch Ausmessung der Dimensionen der Meßgefäße, und Anwendung des stereometrischen Calculs genau zu finden.

2. Der stereometrische Calcul würde bei dem größern Theile der Fruchtmaaße nicht haben angewendet werden können, wenn auch die Meßgefäße genau die cylindrische Form gehabt hätten. Dieses ist allenthalben der Fall, wo die Quantität Frucht, die ein gewisses Lokal-Maaß hält, nicht blos vom cubischen Gehalte des Meßgefäßes, sondern über das von der besondern Messungs-Methode abhängt.

Schon unter den sogenannten Streichmaaßen giebt es einige, welche, ehe man abstreicht, angestoßen werden, um die Frucht im Meßgefäße dichter zusammen zu bringen.

Bei den sogenannten Haufmaaßen wird auf das Meßgefäß, nachdem es vollgefüllt ist, noch so viel Frucht aufgeschüttet, als nur darauf liegen will.

Dieser Haufen über dem Rande nähert sich zwar der konischen Gestalt, er ist aber nie ein regelmäßiger Kegel, und der stereometrischen Berechnung nicht fähig.

Sein Gehalt ist bei dem Hafer immer größer, als bei Hartfrucht.

Bei einigen Haufmaaßen ist die Messungs-Methode so, daß die Frucht durch den Messer mit den Händen zusammengedrückt, und dann der Haufen voll gemacht wird. Gedrücktes Maaß.

Bei andern wird der Haufen auf dem Meßgefäße kreisähnlich mit der Hand auseinander gezogen, und dann noch so viel aufgeschüttet, als darauf liegen bleiben will. Geringeltes Maaß.

Einige Haufmaaße werden zugleich geringelt und gedrückt. Bei andern wir abwechselnd, das eine Scheffel z. B. blos gehäuft, das zweite gedrückt und gehäuft, und so weiter abgewechselt.

3. Diese Umstände machten es nothwendig, durch würfelförmige Normalmaaße, deren Größe genau justirt war, die Untersuchung der lokalen Fruchtmaaße vorzunehmen.

4. Es wurde daher mit dem Lokalmaaße eine gewisse Quantität Frucht nach der Lokalmethode abgemessen das abgemessene in das Normalmaaß zurückgemessen, und die Anzahl der erhaltenen Kubik-Zolle genau protokollirt. Dieser Versuch wurde mit mehreren Fruchtgattungen alsdann vorgenommen, wenn das Lokalmaaß für mehrere Fruchtgattungen galt. Zugleich wurde durch Versuche mit dem Normalmaaß untersucht, wieviel die Frucht, womit der Versuch angestellt war, beim Ummessen durch Abgang des Staubs, und Zerreibung der Körner, verloren habe, und um wieviel die verschiedenen Fruchtgattungen sich ein- oder aufmessen, je nachdem sie in das Meßgefäß durch die Schaufel oder durch die Hand eingeworfen werden, oder wenn sie in dasselbe durch dasjenige Instrument einfallen, welches bei der Probemessung mit den Normalmaaßen vom Kommissar gebraucht wurde, um allenthalben gleichförmig zu messen. — Ueber den Betrag dieses Ein- oder Aufmessens der Frucht wurden aus den Resultaten mehrerer zu dem Ende besonders angestellten Versuche, Mittelverhältnisse für die verschiedenen Fruchtgattungen berechnet. Durch Anwendung dieser Mittelverhältnisse, und dadurch, daß man den Abgang durch Staub oder durch das Abreiben der Körner, der sich beim Versuche ergeben hatte, ebenfalls gehörig in Rechnung brachte, wurden diejenigen numerischen Resultate rectifizirt, welche sich durch die bloße Berechnung aus dem Hauptversuche ergeben hatten.

§. 5. Die Normalmaaße, deren der Kommissar sich bei den Probe-Messungen bediente, geben die Größe in alten französischen Cubik-Zollen. Da aber seitdem von Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzogen beschlossen worden ist, daß im Großherzogthum Hessen das neue französische Maaß eingeführt werden soll, so ist die durch die Untersuchung gefundene Größe der Fruchtmaaße in der

folgenden Tabelle in das neue französische Maaß zwar reducirt, der Gehalt der alten französischen Cubik-Zolle jedoch deswegen beigesetzt worden, weil dieses Maaß allgemein bekannter seyn möchte.

6. Dieses neue französische Maaß ist ein bloßes Streichmaaß. Seine Einheit ist der Liter. Die folgende Tabelle zeigt, wieviel ganze Liter, und wieviel Hunderttheile vom Liter voll Frucht, welche weder gedrückt, weder geringelt, noch gestoßen, übrigens aber gestrichen ist, man abmessen muß, um eben so viel Frucht zu erhalten, als man haben würde, wenn mit dem betreffenden Lokal-Maaß nach der dabei angegebenen Lokal-Methode einmal abgemessen wird.

Bei solchen Maaßen, wo abwechselnd nach zwei Methoden abgemessen wird, bedeutet die Angabe des Gehalts den Durchschnitt aus dem zweimaligen Abmessen mit dem Lokalmaaß, wovon das eine nach der ersten, das andere aber nach der zweiten Lokal-Methode geschehen ist.

7. Die für die Streichmaaße gefundene Größe gilt — das gestoßene Maaß bei Hafer ausgenommen — für alle Fruchtgattungen ohne Unterschied. Beim Haufmaaße und seinen verschiedenen Arten ist aber die Größe für Hafer und Mengkorn, welches aus Hafer und Gerste besteht, anders als für Hartfrucht gefunden worden.

8. Verschiedene Fruchtrezeptoren, welche ganz oder zum Theil in ausländischen Maaßen erheben, haben die Meßgefäße, deren sie sich für diese Fälle bedienen, zur Untersuchung eingebracht. Von der durch die Untersuchung gefundenen Größe dieser vorgezeigten Maaße darf auf die Größe ihrer angeblichen Muttermaaße keineswegs geschlossen werden.

9. Ueberhaupt ist durch die vorgenommene Untersuchung weiter nichts festgestellt worden, als daß ein gewisses Maaß, auf die dabei angegebene Art gemessen, die angezeigte Größe hat. Einem jeden, der Frucht zu erheben oder zu liefern hat, steht die Behauptung offen, daß die Lieferung in einem andern Maaße, oder nach einer andern Messungs-Methode, als vom Gegentheil angegeben wird, geschehen, oder angenommen werden müße.

10. Uebrigens hat der Untersuchungs-Kommissar diejenigen untersuchten Maaße, welche im Herzogthum Westphalen aufbewahrt werden, mit einem öffentlichen Aichstempel, und mit den in der folgenden Tabelle angemerkten Nummern gezeichnet, um nöthigenfalls die Identität der Meßgefäße untersuchen zu können.

Indem nun mit diesen Bemerkungen der gefundene Gehalt der mancherlei in dieser Provinz üblichen Fruchtmaaße durch die nachstehende Tabelle zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, wird zugleich bekannt gemacht, daß danach, zum Behuf der Einrichtung des neuen provisorischen Grundsteuer-Katasters, der Preis einer jeden Fruchtart in jedem üblichen Gemäß, nach dem angenommenen Normalpreis des rüthner Scheffels werde ausgemittelt, und bei Berechnung der Steuerkapitalien werde zum Grund gelegt werden; daß ferner in Gemäßheit einer vorliegenden Allerhöchsten Willens-Erklärung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogen, neue, allgemeine, und allein gültige Fruchtmaaße für die hiesige Provinz, und zwar nach dem französischen Decimal-System und gleichförmig dem neuen französischen Körpermaaße werden eingeführt, der Zeitpunkt indessen, wann diese Maaße gesetzlichen Gebrauch erhalten sollen, noch näher werde bestimmt werden, daß endlich genaue Exemplare eines Liters, als Einheit der neuen Maaße, und in aufsteigender Progression, Meßgefäße, welche 10, 50 und 100 Einheiten oder Liter enthalten, unter der Aufsicht des Großherzoglichen Obersteuer-Kommissars Eckhardt dahier verfertigt, und Exemplare davon an jedes Großherzogliche Amt werden abgeschickt werden, und daß es Jedem freistehe, sich vorläufig mit solchen Gefäßen bekannt zu machen.

Inhalt der verschiedenen, im Herzogthum Westphalen üblichen Fruchtmaaße, nach alten Pariser Cubikzollen und neuen französischen Litern.

Arnsberg.

1. Für Hartfrucht. Ist bloßes Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente der Arnsberger Scheffel, eingebracht vom Magistrat daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 1.

Malter.	Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	8 =	32 =	96 =	13130 =	261,04
	1 „	2 „	8 „	24 „	3290 „	65,26
		1 „	4 „	12 „	1645 „	32,63
			1 „	3 „	411 „	8,16
				1 „	137 „	2,72

Ebendaselbst.

2. Für Hafer. Ist bloßes Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	8 =	32 =	96 =	13520 =	268,16
	1 „	2 „	8 „	24 „	3380 „	67,04
		1 „	4 „	12 „	1690 „	33,52
			1 „	3 „	422 „	8,38
				1 „	141 „	2,79

Affeln.

3. Für Hartfrucht allein. Gehäuft.

Zur Vergleichung diente ein angeblich Arnsberger Becher, eingebracht vom Magistrat zu Affeln.

Malt.	Mütte.	Schfl.	Viertel.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	12960 =	257,28
	1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3240 „	64,32
		1 „	2 „	4 „	12 „	1620 „	32,16
			1 „	2 „	6 „	810 „	16,08
				1 „	3 „	405 „	8,04
					1 „	135 „	2,68

Ebendaselbst.

4. Für Hafer allein. Abwechselnd gedrückt, und gehäuft und gedrückt.

Zur Vergleichung diente der Arnsberger Scheffel, eingebracht vom Magistrat zu Affeln, als Maaß, welches bei Ablieferung einiger Hartfrüchte gebraucht wird. Gebrannt mit der Ziffer 25.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	13584 =	269,44
	1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3396 „	67,36
		1 „	2 „	4 „	12 „	1698 „	33,68
			1 „	2 „	6 „	849 „	16,84
				1 „	3 „	424 „	8,42
					1 „	141 „	2,81

Ahausen.

5. Für Hafer allein. Abwechselnd das eine gehäuft, das andere gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente ein Pachthafermütte des Hauses Ahausen, eingebracht vom Verwalter daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 13.

Malter.	Mütte.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	9777 =	193,95
	1 „	3 „	3259 „	64,65
		1 „	1086 „	21,55

Attendorn.

6. Für Hartfrüchte. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente der alte Attendorner Pachtscheffel, eingebracht vom Magistrat daselbst. Gebrannt mit der Zahl 10.

Malter.	Mütte.	Schfl.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter
1 =	3 =	6 =	12 =	10182 =	201,66
	1 „	2 „	4 „	3394 „	67,32
		1 „	2 „	1697 „	33,66
			1 „	849 „	16,83

Ebendaselbst.

7. Für Hafer allein. Abwechselnd blos gehäuft, und gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente ein Pachthafermütte des Chorcapitels zu Attendorn, eingebracht von demselben. Gebrannt mit der Zahl 14.

Malter.	Mütte.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	10194 =	202,20
	1 „	3 „	3398 „	67,40
		1 „	1133 „	22,47

Ebendaſelbſt.

8. Für Hafer allein. Abwechſelnd blos gehäuft, und gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente das Pachthafer Viertel des Hospitals zu Attendorn, eingebracht vom daſigen Magiſtrat. Gebrannt mit der Ziffer 15.

Malter.	Mütte.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	10134 =	201,06
	1 „	3 „	3378 „	67,02
		1 „	1126 „	22,34

Aſtenberg.

9. Für Hartfrüchte. Geſtrichen.

Zur Vergleichung diente ein angeblich Korbacher Spint, eingebracht von einem Einwohner zu Aſtenberg, Namens des dortigen Vorſtehers. Gebrannt mit der Ziffer 19.

Mütte.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	9760 =	193,60
	1 „	4 „	16 „	2440 „	48,40
		1 „	4 „	610 „	12,10
			1 „	152 „	3,02

Ebendaſelbſt.

10. Für Hafer. Geringelt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Mütte.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	12688 =	251,68
	1 „	4 „	16 „	3172 „	62,92
		1 „	4 „	793 „	15,73
			1 „	198 „	3,94

Balve.

11. Für Hartfrüchte. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente ein vom dasigen Magistrat eingebrachter Scheffel, welcher von demselben im Jahre 1771 nach dem verloren gegangenen Muttermaaße geaicht wurde. Gebrannt mit der Ziffer 24.

Malt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	13088 =	259,60
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3272 „	64,90
1 „	2 „	4 „	12 „	1636 „	32,45
1 „	2 „	6 „	818 „	16,22
1 „	3 „	409 „	8,11
1 „	136 „	2,71

Ebendaselbst.

12. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	13488 =	267,52
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3372 „	66,88
1 „	2 „	4 „	12 „	1686 „	33,44
1 „	2 „	6 „	843 „	16,72
1 „	3 „	421 „	8,36
1 „	140 „	2,79

Ebendaselbst.

13. Für Hafer, wenn abwechselnd blos gehäuft, und gedrückt und gehäuft wird.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	13744 =	272,64
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3436 „	68,16
1 „	2 „	4 „	12 „	1718 „	34,08
1 „	2 „	6 „	859 „	17,04
1 „	3 „	429 „	8,52
1 „	143 „	2,84

Ebendaselbst.

14. Für Hartfrucht. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente ein Balver Rentei-Mütte, eingebracht von der dortigen Rentei. Gebrannt mit der Zahl 26.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	13260 =	263,04
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3315 „	65,76
	1 „	2 „	4 „	12 „	1657 „	32,88
		1 „	2 „	6 „	829 „	16,44
			1 „	3 „	414 „	8,21
				1 „	138 „	2,74

Ebendaselbst.

15. Für Hafer allein. Gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	14092 =	279,52
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3523 „	69,88
	1 „	2 „	4 „	12 „	1761 „	34,94
		1 „	2 „	6 „	880 „	17,47
			1 „	3 „	440 „	8,73
				1 „	147 „	2,91

Bilstein.

16. Für Hartfrüchte. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente das Bilsteiner Viertel beim Amte daselbst. Gezeichnet mit der Zahl 6.

Malter.	Viertel.	Becher.	Cub. Z	Liter.
1 =	12 =	120 =	12732 =	252,60
	1 „	10 „	1061 „	21,05
		1 „	105 „	2,10

Ebendaselbst.

17. Für Hafer, beim Handel. Abwechselnd das eine gedrückt und gehäuft, das andere blos gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Viertel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	12 =	48 =	13836 =	274,44
	1 „	4 „	1153 „	22,87
		1 „	288 „	5,72

Ebendaselbst.

18. Für Hafer, bei Erhebung der Pachtfrüchte der Reutei Bilstein. Jedesmal gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Viertel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	12 =	120 =	14148 =	280,68
	1 „	10 „	1179 „	23,39
		1 „	118 „	2,34

Berlin.

19. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Die Vergleichung des Berliner Scheffels wurde mit demjenigen Exemplar vorgenommen, welches sich zu Soest befindet, und nach der Versicherung des Aichmeisters von Soest, von Berlin gesendet worden ist, und als Muttermaaß zur Verificirung der Meßgefäße, in Soest gebraucht wird.

Scheffel.	Viertel.	Spint.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	8 =	2752 =	54,59
	1 „	2 „	688 „	13,65
		1 „	344 „	6.82

Brilon.

20. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Zur Vergleichung diente der Briloner Scheffel, eingebracht vom Magistrat daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 42.

Scheffel.	Spint.	Becher	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	2726 =	54,07
	1 „	4 „	681 „	13,52
		1 „	170 „	3,38

Ebendaselbst.

21. Für Hafer. Die Frucht wird, wenn das Maaß übervoll ist, mit der Hand flach abgestrichen.

Zur Vergleichung diente der Briloner Gohhafer Becher, eingesendet vom Amtmann daselbst, als dasjenige Maaß, womit der sogenannte Gohhafer erhoben wird. Die Ortsvorstände reklamirten gegen die angegebene Messungsmethode. Gebrannt mit der Ziffer 56.

Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	329 =	6,53

Bredelar.

22. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Zur Vergleichung diente ein vom Rentmeister zu Bredelar eingebrachter, angeblich Korbacher halber Kornscheffel, oder sogenannte Meste. Gebrannt mit der Zahl 45.

Scheffel.	Meste.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	2 =	4 =	16 =	2372 =	47,06
	1 „	2 „	8 „	1186 „	23,53
		1 „	4 „	593 „	11,76
			1 „	148 „	2,94

Ebendaſelbſt.

23. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Ein angeblich dergleichen halber Haberſcheffel oder Meſte. Gebrannt mit der Zahl 48.

Scheffel.	Meſte.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	2 =	4 =	16 =	2904 =	57,60
	1 „	2 „	8 „	1452 „	28,80
		1 „	4 „	726 „	14,40
			1 „	181 „	3,60

Calle.

Für alle Früchte. Geringelt und gehäuft.

Wurde bei der Vergleichung dem Meſcheder Scheffel gleichgefunden.

Darmſtadt.

24. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Aus der ſtereometriſchen Berechnung der kupfernen Normalgefäße des Getreidemaaßes auf dem Rathhauſe in Darmſtadt, ergaben ſich folgende Reſultate:

Malter.	Simmer.	Kumpf.	Geſcheid.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	5677,6 =	112,62
	1 „	4 „	16 „	1419,4 „	28,156
		1 „	4 „	354,8 „	7,04
			1 „	88,7 „	1,76

Ewig.

25. Für Hafer. Jedesmal gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente ein Pachthafermütte der Rentei Ewig, eingebracht von derſelben. Gebrannt mit der Zahl 12.

Malter.	Mütte.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	9639 =	191,19
	1 „	3 „	3213 „	63,73
		1 „	1071 „	21,24

Ebendaselbst.

26. Für Hafer. Abwechselnd blos gehäuft, und gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Mütte.	Viert.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	9306 =	184,59
	1 „	3 „	3102 „	61,53
		1 „	1034 „	20,51

Elspe.

27. Für Hartfrucht. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente der dasige Kirchenscheffel, eingebracht vom Kirchenvorsteher daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 16.

Malter.	Scheffel.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	12 =	12000 =	238,02
	1 „	2 „	2000 „	39,67
		1 „	1000 „	19,83

Ebendaselbst.

28. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Schffl.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	12 =	12420 =	246,36
	1 „	2 „	2070 „	41,06
		1 „	1035 „	20,53

Esloh e.

29. Für Hartfrucht. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente der Esloher Kirchenscheffel, eingebracht vom Pfarrer daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 21.

Malter.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	12780 =	253,50
	1 =	4 „	16 „	2130 „	42,25
		1 „	4 „	532 „	10,56
			1 „	133 „	2,64

Ebendaſelbſt.

30. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malter.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	13470 =	267,18
	1 „	4 „	16 „	2245 „	44,53
		1 „	4 „	561 „	11,13
			1 „	140 „	2,78

Erwitte.

31. Für Hafer allein. Gehäuft, doch nicht ganz vollkommen. Eigentlich gehäuft und mit der Hand abgeſchlagen.

Zur Vergleichung diente ein angeblich Lippſtädtiſcher Scheffel, eingebracht durch den Fruchtmeſſer auf dem von Landsbergiſchen Hauſe zu Erwitte, als übliches Maaß bei Einnahme der Droſtenhafer. Gebrannt mit der Ziffer 35.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	24 =	96 =	384 =	58656 =	1163,52
	1 „	4 „	16 „	2444 „	48,48
		1 „	4 „	611 „	12,12
			1 „	153 „	3,03

Fröndenberg.

32. Für Hartfrucht. Geſtrichen.

Zur Vergleichung diente ein angeblich Unnaer Scheffel, eingebracht vom Kapitel zu Fröndenberg als Pachtmaaß. Gebrannt mit der Ziffer 29.

Malter.	Schfl.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	9168 =	181,84
	1 „	4 „	2292 „	45,46
		1 „	573 „	11,36

Ebendaſebſt.

33. Für Hafer. Geſtoßen und geſtrichen.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	9620 =	190,84
1 „	4 „	2405 „	47,71	
1 „	601 „	11,93		

Grevenſtein.

34. Für Hartfrucht. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente der Grevenſteiner Scheffel, eingebracht vom Magiſtrat daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 23.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	12894 =	255,78
1 „	4 „	16 „	2149 „	42,63	
1 „	4 „	537 „	10,66		
„	134 „	2,66			

Ebendaſelbſt.

35. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	13752 —	272,76
1 „	4 „	16 „	2292 „	45,46	
1 „	4 „	573 „	11,36		
1 „	143 „	2,84			

Geseke.

36. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Zur Vergleichung diente der Geseker Scheffel, eingebracht vom Magistrat daselbst; aber von den Vorstehern der Dörfer im Amte Geseke, als Muttermaaß widersprochen, und für einen Rüthner Scheffel ausgegeben. Gebrannt mit der Ziffer 36.

Malter.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	25 =	100 =	400 =	46500 =	922,50
	1 „	4 „	16 „	1860 „	36,90
		1 „	4 „	465 „	9,22
			1 „	116 „	2,30

Ebendaselbst.

37. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Zur Vergleichung diente der Geseker Scheffel, eingebracht vom Abdinghof daselbst, und von den Vorstehern der Dörfer als ein richtiger Geseker Scheffel anerkannt. Gebrannt mit der Ziffer 37.

Malt.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	25 =	100 =	400 =	45500 =	902,50
	1 „	4 „	16 „	1820 „	36,10
		1 „	4 „	455 „	9,05
			1 „	114 „	2,26

Anmerkung. Es sollen eigentlich 24 Scheffel ein Malter ausmachen, alsdann wird aber das Meßgefäß nicht kahl abgestrichen, so daß 24 nicht kahl abgestrichene Scheffel, 25 kahl abgestrichene ausmachen.

Hallenberg.

38. Für Hartfrucht. Gestrichen.

Das Muttermaaß ist verloren. Zur Vergleichung diente ein als richtig anerkanntes Korn-Meßgefäß eines Privaten. Gebrannt mit der Ziffer 54.

Mütte.	Meste.	Sefter.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	8 =	32 =	10480 =	207,92
	1 „	4 „	1310 „	25,99
		1 „	327 „	6,50

Ebendaselbst.

39. Für Hafer. Abgestrichen.

Das eigentliche Muttermaaß ist verloren. Zur Vergleichung diente daher ein als richtig anerkanntes Hafermeßgefäß eines Privaten. Gebrannt mit der Ziffer 55.

Mütte.	Meste.	Sefter.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	8 =	32 =	11856 =	235,20
1 „	4 „	1482 „	29,40	
	1 „	371 „	7,35	

Holtum.

40. Für alle Früchte. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente ein angeblich Dortmunder Scheffel, eingebracht vom Advocat Bering zu Holtum, als ein bei Erhebung der Zehntfrüchte daselbst, gebräuchliches Maaß. Gebrannt mit der Ziffer 30.

Malter.	Scheffel.	Viertel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	8048 =	159,94
1 „	4 „	16 „	2012 „	39,91	
	1 „	4 „	503 „	9,98	
		1 „	126 „	2,48	

Hellefeld.

41. Für Hartfrucht. Ist bloßes Hausmaaß.

Zur Vergleichung diente der hiesige Kirchenscheffel, eingebracht von den Kirchen-Vorstehern zu Hellefeld. Gebrannt mit der Ziffer 2.

Malter.	Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	8 =	32 =	96 =	12960 =	257,04
1 „	2 „	8 „	24 „	3240 „	64,26	
1 „	4 „	12 „	1620 „	32,13		
		1 „	3 „	405 „	8,04	
			1 „	135 „	2,68	

Ebendaselbst.

42. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Mütte.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	32 =	96 =	13280 =	263,44
	1 „	2 „	8 „	24 „	3320 „	65,86
		1 „	4 „	12 „	1660 „	32,93
			1 „	3 „	415 „	8,23
				1 „	138 „	2,78

Kanstein.

43. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Zur Vergleichung diente ein, vom Verwalter des Oberhauses Kanstein eingebrachter, von den Ortsvorstehern des Gerichts Kanstein aber widersprochener, halber Kornscheffel. Gebrannt mit der Ziffer 44.

Mütte.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	9976 =	197,92
	1 „	4 „	16 „	2494 „	49,48
	½ „	2 „	8 „	1247 „	24,74
		1 „	4 „	623 „	12,37
			1 „	156 „	3,09

Ebendaselbst.

44. Für alle Früchte. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente ein vom Verwalter des Unterhauses Kanstein eingebrachter, und von den Ortsvorständen aus dem Gericht reklamirter halber Kornscheffel. Ferner zwei alte von gedachten Vorstehern eingebrachte, angeblich nach diesem geaichte halbe Kornscheffel. Gebrannt mit der Ziffer 46. Aus allen dreien wurde der Durchschnitt genommen.

Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	2372 =	47,06
½ „	2 „	8 „	1186 „	23,53
	1 „	4 „	593 „	11,76
		1 „	148 „	2,94

Ebendaselbst.

45. Für alle Früchte. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente ferner ein von dem Verwalter Zülch auf dem Hause Kanstein eingebrachter, aber von den Ortsvorständen als Muttermaaß nicht anerkannter halber Haferscheffel. Gebrannt mit der Ziffer 47.

Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	3100 =	61,50
½ „	2 „	8 „	1550 „	30,75
	1 „	4 „	775 „	15,37
		1 „	194 „	3,84

Lippstadt.

46. Für alle Früchte. Abgestrichen.

Die Vergleichung des hiesigen Scheffels wurde dem Kommissär vom Magistrat zu Lippstadt aus Gefälligkeit gestattet.

Malt.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	25 =	100 =	400 =	45600 =	904,50
	1 „	4 „	16 „	1824 „	36,18
		1 „	4 „	456 „	9,04
			1 „	114 „	2,26

Anmerkung. Eigentlich gehen der Zahl nach nur 24 Scheffel auf ein Malter, alsdann bleibt aber auf jedem Scheffel soviel liegen, daß 24 nicht kahl abgestrichene, 25 kahl abgestrichene Scheffel geben.

Medebach.

47. Für Hartfrucht. Abgestrichen.

Das hiesige Muttermaaß ist eine blecherne Kanne, Maaß genannt, deren 16 auf eine Hartfruchtmeste, und 20 auf eine Hafermeste gehen.

Mütte.	Schfl.	Meste.	Spint.	Becher.	Maaß od. Kanne.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	64 =	128 =	11000 =	218,16
	1 „	2 „	4 „	16 „	32 „	2750 „	54,54
		1 „	2 „	8 „	16 „	1375 „	27,27
			1 „	4 „	8 „	687 „	13,64
				1 „	2 „	172 „	3,41
					1 „	86 „	1,70

Ebendaselbst.

48. Für Hafer. Gestrichen.

Desgleichen die dasige Hafermeste.

Mütte.	Schfl.	Meste.	Spint.	Maaß (od. Kanne.)	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	160 =	13752 =	272,80
1 „	2 „	4 „	40 „	3438 „	68,20
1 „	2 „	20 „	1719 „	34.10
1 „	10 „	859 „	17,05
1 „	86 „	1,70

Menden.

49. Für alle Früchte. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente der neue Mendener Scheffel kreirt seit dem Jahr 1778, eingebracht vom dortigen Magistrat. Gebrannt mit der Ziffer 27.

Malt.	Schfl.	Viertel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	112 =	11856 =	235,20
1 „	4 „	28 „	2964 „	58,80
1 „	7 „	741 „	14,70
1 „	106 „	2,10

Ebendaselbst.

50. Für alle Früchte. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente der alte Mendener Scheffel, eingebracht von der Rentei daselbst, und allgemein als richtig anerkannt. Gebrannt mit der Ziffer 28.

Malt.	Schfl.	Viertel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	112 =	12088 =	239,80
1 „	4 „	28 „	3022 „	59,95
1 „	7 „	755 „	14,99
1 „	108 „	2,14

Ebendaselbst.

51. Für Hafer allein. Abwechselnd blos abgestrichen, und gestoßen und abgestrichen.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malt.	Schfl.	Viertel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	112 =	12500 =	247,96
1 „	4 „	28 „	3125 „	61,99
1 „	7 „	781 „	15,50
1 „	111 „	2,21

Meschede.

52. Für Hartfrucht. Geringelt und gehäuft.

Das Muttermaaß ist verloren. Zur Vergleichung dienten 4 Meßgefäße, welche von den anwesenden Ortsvorständen als richtige, gehörig gestempelte Meschedeer Scheffel anerkannt wurden. Gebrannt mit der Ziffer 39.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	13938 =	276,48
1 „	4 „	16 „	2323 „	46,08
1 „	4 „	581 „	11,52
1 „	145 „	2,88

Ebendaselbst.

53. Für Hafer. Geringelt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	15294 =	303,36
1 „	4 „	16 „	2549 „	50,56
1 „	4 „	637 „	12,64
1 „	159*) „	3,16

*) Dieser Satz ist, in Gemäßheit des Regierungs-Publikandums d. d. Arnsberg den 12. September 1811, der Richtige.

Ebendaſelbſt.

54. Für Hartfrucht. Geringelt, gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	14202 =	281,70
1 „	4 „	16 „	2367 „	46,95
1 „	4 „	591 „	11,74
1 „	148 „	2,93

Ebendaſelbſt.

55. Für Hafer. Geringelt, gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	15540 =	308,28
1 „	4 „	16 „	2590 „	51,38
1 „	4 „	647 „	12,84
1 „	162 „	3,21

Ebendaſelbſt.

56. Für Hafer. Geringelt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente ferner der ſogenannte Oedinger Scheffel, eingebracht von der Rentei zu Meſchede. Gebrannt mit der Ziffer 41.

Malter.	Scheffel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	8 =	14984 =	297,20
1 =	1873 =	37,15

Olpe.

57. Für Hartfrucht. Geſtrichen.

Zur Vergleichung diente das hieſige Kornviertel, eingebracht vom Magiſtrat daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 8.

Malter.	Viertel.	Köpfe.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	8 =	32 =	8176 =	162,16
1 „	4 „	1022 „	20,27
1 „	255 „	507

Ebendaſelbſt.

58. Hafermaaß. Gehäuft und gedrückt.

Desgleichen das Olper Haferviertel, eingebracht vom Magiſtrat daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 7.

Malt.	Viertel.	Köpfe.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	12 =	48 =	144 =	14244 =	282,48
1 „	4 „	12 „	1187 „	23,54
1 „	3 „	297 „	5,88
	1 „	99 „	1,96

Oehlinghauſen.

59. Für Korn. Bloßes Haufmaaß.

Das Muttermaaß iſt ein Balver Mütte, eingeſandt vom Rentamt zu Werl. Gebrannt auf dem Boden um dem Rande mit der Jahrzahl 1810.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	12332 =	244,64
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3083 „	61,16
1 „	2 „	4 „	12 „	1541 „	30,58
1 „	2 „	6 „	770 „	15,29
1 „	3 „	385 „	7,64
1 „	128 „	2,55

Ebendaſelbſt.

60. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Mlt.	Mütte.	Schfl.	Vrt.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	32 =	96 =	13172 =	261,28
1 „	2 „	4 „	8 „	24 „	3293 „	65,32
1 „	2 „	4 „	12 „	1646 „	32,66
1 „	2 „	6 „	823 „	16,33
1 „	3 „	411 „	8,16
1 „	137 „	2,72

Padberg.

61. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Zur Vergleichung diente der ſogenannte Heuerſcheffel der Kirche zu Padberg, eingebracht von den daſigen Kirchenproviſoren, als übliches Maaß bei Erhebung der Fruchtgefälle dieſer Kirche. Gebrannt mit der Ziffer 49.

Mütte.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	8372 =	166,08
1 „	4 „	16 „	2093 „	41,52
1 „	4 „	523 „	10,38
1 „	131 „	2,59

Ebendaſelbſt.

62. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Desgleichen zwei ſogenannte Heuerſcheffel, eins vom Oberhauſe Padberg, das andere vom Oberhauſe Helminghauſen, eingebracht vom Verwalter zu Padberg, als übliche Maaße bei Erhebung der Fruchtgefälle dieſer beiden Häuſer; aber von den Ortsvorſtänden als richtige Maaße widerſprochen. Beide gebrannt mit der Ziffer 50.

Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	9556 =	189,56
1 „	4 „	16 „	2389 „	47,39
1 „	4 „	597 „	11,85
1 „	149 „	2,96

Reiſte.

63. Für Hartfrucht. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente der Reiſter Kirchenſcheffel, eingebracht vom Pfarrer daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 22.

Malt.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	13524 =	268,26
1 „	4 „	16 „	2254 „	44,71
1 „	4 „	563 „	11,18
1 „	141 „	2,79

Ebendaſelbſt.

64. Für Hafer. Haufmaaß.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	14112 =	279,90
	1 „	4 „	16 „	2352 „	46,65
		1 „	4 „	588 „	11,66
			1 „	147 „	2,91

Rüthen.

65. Für alle Früchte. Geſtrichen.

Zur Vergleichung diente der Rüthner Scheffel, eingebracht vom Magiſtrat daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 38.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	25 =	100 =	400 =	47050 =	933,25
	1 „	4 „	16 „	1882 „	37,33
		1 „	4 „	470 „	9,33
			1 „	118 „	2,34

Schnellenberg.

66. Für Hafer. Abwechſelnd, einmal blos gehäuft, das anderemal gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente ein Pachthafermütte, eingebracht vom Verwalter des Hauſes Schnellenberg. Gebrannt mit der Ziffer 11.

Malter.	Mütte.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	9477 =	187,98
	1 „	3 „	3159 „	62,66
		1 „	1053 „	20,89

Ebendaselbst.

67. Für Hafer. Jedesmal gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Mütte.	Viert.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	3 =	9 =	10215 =	202,62
1 „	3 „		3405 „	67,54
	1 „		1135 „	22,51

Schönholthausen.

68. Für Hartfrucht allein. Blos gehäuft.

Zur Vergleichung diente der hiesige Kirchenscheffel, eingebracht vom dasigen Kirchenvorstand. Gebrannt mit der Ziffer 17.

Malter.	Scheffel.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	12 =	11124 =	220,68
1 „	2 „		1854 „	36,78
	1 „		927 „	18,39

Ebendaselbst.

69. Für Hafer Gedrückt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente dasselbe Meßgefäß.

Malter.	Schfl.	Viertel.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	12 =	12090 =	239,82
1 „	2 „		2015 „	39,97
	1 „		1007 „	19,98

Schmallenberg.

70. Für Hartfrucht. Gedrückt, geringelt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente der Schmallenberger Scheffel, eingebracht vom Magistrat daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 20.

Malter.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	13506 =	267,90
1 „	4 „		16 „	2251 „	44,65
	1 „		4 „	563 „	11,16
			1 „	141 „	2,79

Ebendaſelbſt.

71. Für Hafer. Gedrückt, geringelt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	14904 =	295,62
	1 „	4 „	16 „	2484 „	49,27
		1 „	4 „	621 „	12,32
			1 „	155 „	3,08

Soeſt.

72. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Zur Vergleichung diente das Soeſter Mütte. Ein Muttermaaß.

Malter.	Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	12 =	24 =	96 =	384 =	36384 =	721,68
	1 „	2 „	8 „	32 „	3032 „	60,14
		1 „	4 „	16 „	1516 „	30,07
			1 „	4 „	379 „	7,52
				1 „	95 „	1,88

Stadtberg.

73. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Zur Vergleichung diente der Stadtberger halbe Scheffel, eingebracht von der Polizei-Deputation daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 43.

Mütte.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	10104 =	200,40
	1 „	4 „	16 „	2526 „	50,10
	½ „	2 „	8 „	1263 „	25,05
		1 „	4 „	631 „	12,52
			1 „	158 „	3,13

Ebendaſelbſt.

74. Für Hafer. Gedrückt und geſtrichen. Wurde beſtritten.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Mütte.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	16 =	64 =	10320 =	204,72
	½ „	2 „	8 „	1290 „	25,59
		1 „	4 „	645 „	12,79
			1 „	161 „	3,20

Wenden.

75. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Zur Vergleichung diente die Wendener Meſte, eingebracht vom Vorſteher des vormaligen Gerichts Wenden. Gebrannt mit der Ziffer 9.

Mütte.	Meſte.	Köpfe.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	12 =	48 =	13056 =	258,96
	1 „	4 „	1088 „	21,58
		1 „	272 „	5,39

Wormbach.

76. Für Hartfrüchte. Gedrückt, geringelt und gehäuft.

Zur Vergleichung diente der Wormbacher Scheffel, eingebracht vom Aichmeiſter daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 18.

Malter.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	13818 =	274,08
	1 „	4 „	16 „	2303 „	45,68
		1 „	4 „	576 „	11,42
			1 „	144 „	2,85

Ebendaſelbſt.

77. Für Hafer. Gedrückt, geringelt und gehäuft. Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malt.	Scheffel.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	14910 =	295,74
	1 „	4 „	16 „	2485 „	49,27
		1 „	4 „	621 „	12,32
			1 „	155 „	3,08

Ebendaſelbſt.

78. Für Rauchhafer. Blos geringelt und gehäuft, nicht gedrückt. Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Malt.	Schfl.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	6 =	24 =	96 =	14070 =	279,12
	1 „	4 „	16 „	2345 „	46,52
		1 „	4 „	586 „	11,63
			1 „	147 „	2,91

Werl.

79. Für alle Früchte. Abgeſtrichen.

Zur Vergleichung diente der Werler Scheffel, eingebracht vom Magiſtrat daſelbſt. Gebrannt mit der Ziffer 31.

Scheffel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	24 =	2575 =	51,08
½ „	12 „	1287 „	25,54
	1 „	107 „	2,13

Ebendaſelbſt.

80. Für Hafer. Geſtoßen, geſtrichen und drei doppelt Handvoll darauf.

Zur Vergleichung diente daſſelbe Meßgefäß.

Scheffel.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	24 =	2809 =	55,72
½ „	12 „	1404 „	27,82
	1 „	117 „	2,32

Winterberg.

81. Für Hartfrucht. Gestrichen.

Zur Vergleichung diente das Winterberger Kornspint, eingebracht vom Magistrat daselbst. Gebrannt mit der Ziffer 52.

Mütte.	Schfl.	Meste.	Spint.	Becher.	Cub. Zoll.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	64 =	11232 =	223,68
1 „	2 „	4 „	16 „	2808 „	55,92
1 „	2 „	8 „	1404 „	27,86
1 „	4 „	702 „	13,93
1 „	175 „	3,48

Ebendaselbst.

82. Für Hafer. Gestrichen.

Desgleichen die dasige Hafermeste, eingebracht vom Magistrat daselbst. Gebrannt mit der Zahl 53.

Mütte.	Schfl.	Meste.	Spint.	Becher.	Cub. Z.	Liter.
1 =	4 =	8 =	16 =	64 =	13064 =	259,12
1 „	2 „	4 „	16 „	3266 „	64,78
1 „	2 „	8 „	1633 „	32,39
1 „	4 „	816 „	16,19
1 „	204 „	4,09

Bemerk. Die Großherzoglich H. Regierung zu Arnsberg hat am 7. Mai 1816 nachträglich, als Resultat der Untersuchung über den Inhalt des, oben nicht aufgeführten, sogenannten „Allager Scheffel-Maaßes," bekannt gemacht, daß dasselbe, womit die von den Einsassen des Kirchspiels Allagen zu liefernde Kauf- und Schaal-Hafer, glatt abgestrichen, gemessen wird, — 1602 Pariser Cubikzolle enthalte.

426. Arnsberg den 9. März 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die von dem Ober-Forst-Colleg authorisirten und den landesherrlichen Justizbeamten notificirten Holz-Verkäufe in Gemeinde-Waldungen müssen von Letztern, ohne Abwartung besonderer Regierungs-Ermächtigung, ordnungsmäßig vorgenommen werden.

---

427. Arnsberg den 16. März 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Mehrere, Behufs der Veredlung der Pferdezucht im Herzogthum Westphalen, angekaufte ausländische Hengste von vorzüglicher Schönheit und von besonders guter und dauerhafter Race sollen, während der nächsten Beschälzeit, zu Erwitte, Hüsten, Meschede und Bilstein, als den diesjährigen Beschälstationen, 3 Wochen hintereinander an jedem der genannten Orte aufgestallt werden. Die Unterthanen werden aufgefordert, diesen Gestüthengsten ihre Mutterpferde zur Bedeckung vorführen zu lassen, und sollen sie für Letzteres, mit Ausschließung aller andern Retributionen und Verpflichtungen, nur 2 fl. 24 kr. Sprunggeld entrichten. Die an den Beschälstationen wohnenden und genannten Thierärzte, bei welchen sich die Eigenthümer der zu bedeckenden Mutterpferde anzumelden haben, führen die Spezial-Aufsicht über diese Gestüteanstalt. Wegen der beschränkten Anzahl der Beschäler dürfen diesen keine ganz schlechte, sondern nur von Erbfehlern freie und nicht zu alte Zucht-Stuten vorgeführt werden, und sind Ausländer von der Benutzung dieser Anstalt ganz ausgeschlossen. Die an den Beschälstationen zu beachtende Ordnung wird bestimmt, sodann auch festgesetzt, daß die Ankunft der Hengste auf den Stationen jedesmal bekannt gemacht werden soll.

Bemerk. Letzteres ist im Laufe des Jahres 1811 geschehen; sodann hat die obige Behörde am 15. Febr. 1812 bekannt gemacht, daß in der bevorstehenden Beschälzeit, zu vorangezeigtem Behufe und unter gleichen Bedingungen, die vorhandenen 5 Beschäler, jedoch zur Kostenschonung nur an zwei Stationen, zuerst zu Arnsberg und dann an einem noch näher

zu bestimmenden 5 bis 6 Stunden von Arnsberg entfernten Orte aufgestallt werden sollen; die inländischen Eigenthümer von Zuchtstuten werden zugleich aufgefordert, die Vorführung der Letztern seiner Zeit bewirken zu lassen. Unterm 3. März u. 21. April 1812 sind noch zwei Beschäl-Stationen zu Bigge im Amte Brilon, und zu Elspe im Amte Attendorn angeordnet worden, wohin Beschäler aus dem Marschstalle zu Giessen und resp. von Arnsberg aus dirigirt werden sollen. Am 13. 23. und 30. März, sodann am 5. Juni 1813 ist die Eröffnung von Beschäl-Stationen zu Velmede, zu Erwitte, zu Hüsten und zu Arnsberg bekannt gemacht worden; desgleichen sind am 12. März und 18. Juni 1814 mehrere Beschälstationen angeordnet worden. Zufolge einer, im Einverständniß mit dem großherzogl. Marstall-Amte, von der Regierung zu Arnsberg unterm 7. März 1815 erlassenen Bestimmung, ist die fernere Erhebung des Sprunggeldes abgeschafft und den Eigenthümern inländischer Zuchtstuten die künftig ganz freie Benutzung der Beschäler zugesichert, auch sind am 27. März ej. a. fünf Beschälstationen pro 1815 bestimmt worden. Am 2. April 1816 ist eine Beschälstation zu Arnsberg angeordnet worden.

---

428. Arnsberg den 26. März 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die zum Wegebau erforderlichen Grundstücke müssen, ehe mit denselben eine Veränderung vorgenommen wird, auf Requisition des landesherrlichen Wegebaumeisters an das einschlägige Justiz-Amt, auf der Stelle abgeschätzt werden. Letzteres soll hierzu einen vereideten Schätzer bestellen und ebenfalls von dem betheiligten Grundeigenthümer, sodann auch von dem Wegebaumeister einen Schätzer annehmen. Abschätzungen anderer Art sind nichtig.

---

429. Darmstadt den 29. März 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Die geschehene Aufhebung des bisher zu Darmstadt bestandenen großherzogl. Bau-Amtes und die stattgefun-

dene Anordnung eines unter unmittelbarer landesherrlicher Leitung stehenden Ober-Bau-Kollegs, — welchem alle Baugeschäfte ohne Ausnahme, ins Besondre auch die großherzogl. Militair-, Forst- und Domanial-Bausachen, so wie die Oberaufsicht auf Gemeinde- und Geistliche Bau-Angelegenheiten, in Gemeinschaft mit den Provinzial-Regierungen und Kirchen- und Schulräthen, übertragen worden ist —, wird zur allgemeinen Kunde und Nachachtung bekannt gemacht.

---

430. Arnsberg den 30. März 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die in der Wegepolizei-Ordnung vom 18. Septbr. 1807 (Nr. 238 d. S.) enthaltenen Strafbestimmungen gegen Frevel und Beschädigungen an den Baumpflanzungen, Gräben, Zollstöcken, Wegeweisern, Arbeitsgeschirren ꝛc. an und auf Landstraßen, so wie die Verheißung einer Belohnung von 36 fl. für die Denunciation eines solchen Contravenienten, sollen auch auf muthwillige oder boshafte Destruirungen der Brücken oder auf andre Hauptfrevel an den Landstraßen angewendet werden.

---

431. Darmstadt den 1. April 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Es ist zur Sprache gekommen, welche Personal-Lasten das Berg-, Hammer- und Hütten-Personal in Unsern verschiedenen Provinzen zu leisten, und namentlich: ob dasselbe auch Beisassen-Geld an die Gemeinden zu bezahlen schuldig sei?

Um nun allen Irrungen hierüber auf einmal abzuhelfen, finden Wir Uns bewogen, Folgendes für Unser ganzes Großherzogthum gnädigst zu verordnen:

1. Die bei den Berg-, Hammer- und Hütten-Werken angestellten oder angestellt werdenden Personen sollen in keiner Hinsicht als Beisassen (Beilieger) derjenigen Orte, wo sie sich wegen Betreibung ihres Gewerbes aufhalten, angehalten werden. Sie sollen vielmehr von Bezahlung des Beisassen- (Beilieger-) Geldes für ihre Per-

sonen sowohl, als von Leistung gemeiner Dienste, überhaupt von allen Personal-Lasten frei sein.

2. Es soll denselben in der Art, wie es den Beisassen (Beiliegern) erlaubt ist, verstattet sein, sich in den Gemeinds-Waldungen zu beholzigen und sich der Gemeinds-Weiden zu bedienen. Dafür sollen sie aber auch, weil sie dadurch einen reinen Vortheil von den Gemeinden und Orten ziehen, eben so viel als die Beisassen (Beilieger) des Orts, nach den dort bestehenden desfallsigen Normen zu entrichten haben, oder als hierunter von Uns in der Folge noch verordnet werden dürfte, bezahlen.

3. Die sub Nr. 1. gedachte Befreiung soll jedoch nur so lange dauern, als die Befreiten in den Berg-, Hütten- und Hammer-Werken angestellt sind und daselbst arbeiten.

Urkundlich ꝛc.

---

432. Darmstadt den 1. April 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Zur Beseitigung der im Herzogthum Westphalen noch bestehenden Beschränkungen der Gewerbe-Freiheit wird verordnet:

„daß aller Zunftzwang und alle Zunftmonopolien im „Herzogthum Westphalen, sodann auch die Verfügun„gen der §§. 10 und 11 der Beilieger-Verordnung „vom 12. Januar 1795 (Nr. 1004 d. 1. Abth. d. „S.) aufgehoben sein sollen, und daß jeder reci„pirte Unterthan dasjenige Gewerbe, worauf derselbe „ein Gewerbs-Patent löst, im Herzogthum Westphalen „ungehindert ausüben, und die, in solches Gewerbe „einschlagenden, fertigen Arbeiten und Waaren ab„setzen, auch, wenn er ein Hausir-Patent löst, al„lenthalben damit hausiren möge."

Bemerk. Die großherzogl. H. Regierung zu Arnsberg hat unterm 25. Mai ej. a. von den Beamten, über das Vermögen der Zünfte, über dessen Bestand und rechtliche Natur und dessen bisherige Verwendung, ausführlichen Bericht erfordert. (conf. Nr. 489 d. S.)

---

433. Arnsberg den 2. April 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Das Terminiren ausländischer Mendikanten-Ordensgeistlichen soll nur in dem Falle gestattet werden, wenn Letztere mit einem Passe versehen sind und zum Sammeln der Allmosen die erforderliche Regierungs-Concession erlangt haben. Diese soll den Umständen nach, auf eine bestimmte Zeitfrist, den sich Meldenden unentgeldlich ertheilt werden.

---

434. Arnsberg den 9. April 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Rücksichtlich der, der Genehmigung der Regierung unterworfenen, Receptionen und Dimissionen der Unterthanen wird deklarirt:

„daß unter dem Ausdruck: Reception, nicht blos die „Aufnahme eines Ausländers in das Unterthanen„Recht, sondern auch die Aufnahme sowohl von Aus„ländern als von Inländern in die Bürgerschaften, „Freiheiten und Gemeinden und in das Beilieger„Recht, — überhaupt jeder Fall einer Niederlassung „oder eines Etablissements, Antritts einer schon beste„henden, oder Gründung einer besondern Haushal„tung, auch der Fall eines Einbestättnisses, sei es von „Kindern oder Anverwandten oder Auswärtigen, ver„standen werden müsse."

Zugleich wird bestimmt, daß die einzelnen Receptions- und Dimissions-Gesuche durch Vermittelung des großh. Beamten des künftigen Niederlassungs- und resp. des seitherigen Wohn-Ortes bei der Regierung angemeldet werden sollen, und werden alle diejenigen Verhältnisse der Supplikanten ausführlich aufgezählt, welche, rücksichtlich der dabei verstrenden Interessen des Staates und der Gemeinden, von den Beamten genau erforscht, mit Taufscheinen, Zeugnissen ꝛc. belegt und in ihren Berichtserstattungen an die Regierung nachgewiesen werden müssen.

Bemerk. Die spätern über die Gegenstände und die Form der Berichtserstattungen der Beamten erlassenen, so wie jene die Nichtaufnahme unrecipirter Un-

terthanen bezweckenden Weisungen sind in dieser Sammlung nicht angezeigt worden.

435. Arnsberg den 20. April 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Um den im Herzogth. Westphalen befindlichen unpensionirten Invaliden aus den beiden letzten Feldzügen, die denselben landesherrlich bewilligte Personal-Freiheit vollständig zuzuwenden, sollen sie außer der Befreiung von den Handfrohnden auch einen Nachlaß an ihren etwanigen Geld-Beiträgen zur Landes-Frohndkasse für so viel Liegenheit genießen, als nach den Lokalverhältnissen mit einem Pferde bebauet werden kann. Die landesherrlichen Beamten werden zur Bekanntmachung dieser Bestimmung und zur ausführlichen Nachweisung der in ihren Aemtern befindlichen Invaliden und deren Eigenthums-Verhältnisse angewiesen.

Bemerk. Dieselbe Behörde hat am 28. Septbr. ej. a., zur Erläuterung der obigen Bestimmung, die Beamten davon unterrichtet, daß dieselbe nicht als eine Beschränkung, sondern als eine Ausdehnung der landesherrlichen Verordnung über die Personal-Freiheit der Invaliden vom 20. Juni 1769 zu betrachten sei, und daß mithin auch die mit Pension versehenen Invaliden in die Nachweisung mit aufgenommen werden müßen.

436. Darmstadt den 30. April 1811.

Großherzogl. H. Ober-Kriegs-Colleg.

Die zur Vollstreckung der Vermögens-Confiskations-Strafen gegen Deserteure zu bewirkenden Beschlagnahmen und Subhastationen sind, als Folgen der dem Landesherrn zustehenden Militair-Hoheits-Gewalt, in den Standesherrlichen und Patrimonialgerichtsherrlichen Bezirken von den großherzoglichen Hoheitsbeamten zu vollziehen.

437. Arnsberg den 9. Mai 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Bei dem zwischen dem Großherzogthum Hessen und dem Königreiche Westphalen, mit Ausschließung der jüdischen Unterthanen, geschlossenen allgemeinen Freizügigkeits-Vertrage, soll von dem dahin exportirt werdenden Vermögen, weder Abschoß- und Abzugs-Geld, noch auch Nachsteuer, oder der zehnte Pfennig erhoben werden.

Bemerk. Der geschehene Abschluß des vorbemerkten Freizügigkeits-Vertrages ist vom Großherzogl. H. Geheimen Ministerium zu Darmstadt am 5. April ej. a. zur allgemeinen Kunde und Nachachtung publizirt worden.

---

438. Darmstadt den 10. Mai 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Die landesherrlich befohlene Einführung des neuen französischen Maaß- und Gewicht-Systemes, welches vom 1. Juli 1812 an ausschließlich angewendet werden soll, wird zur allgemeinen Kunde gebracht, um unnützen Kostenaufwand, durch Anschaffung neuer Maße und Gewichte nach dem bisherigen Systeme, zu verhüten.

---

439. Darmstadt den 14. Mai 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Rücksichtlich der Militairdienstpflicht der Söhne temporärer Unterthanen wird landesherrlich bestimmt: Daß alle von jetzt an im Lande geborne Söhne der im Großherzogthum angesessenen ausländischen Pächterfamilien, wie auch der im Lande befindlichen verheuratheten auswärtigen Handarbeiter und Gesellen, insoferne als die Eltern noch zu der Zeit, wo die Söhne das Conscriptions-Alter erreicht haben und gezogen werden können, auf Pachtungen im Lande, oder durch Handwerke und andere Arbeiten sich nähren, zur Leistung der Kriegsdienste verbindlich sein, dage-

gen aber auch denſelben die Indigenats-Rechte zuſtehen ſollen; — daß jedoch dieſe geſetzliche Beſtimmung auf die dermalen ſchon im Lande gebornen Söhne temporärer Unterthanen nicht in Anwendung gebracht werden ſoll.

---

440. Arnsberg den 18. Mai 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Um den innern Verkehr der Unterthanen ohne Benachtheiligung derjenigen geſchärften Polizei-Maßregeln zu erleichtern, welche zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit haben ergriffen werden müſſen, ſollen die landesherrlichen Beamten, durch Ausfüllung, eigene Unterſchrift und amtliche Beſiegelung der ihnen mitgetheilten gedruckten Sicherheits-Karten, den darum ſich meldenden unbeſcholtenen Unterthanen das ihnen nöthige Legitimationsmittel unentgeldlich ausfertigen. Dieſe Sicherheits-Karten, blos für den darin bezeichneten Inhaber und auf beſtimmte Friſt gültig, können nur auf kleinen Reiſen innerhalb der Provinz, nicht aber zum Betrieb des Hauſirhandels oder zu Reiſen ins Ausland, als Legitimationsmittel angewendet werden.

---

441. Arnsberg den 18. Mai 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Zur Schützung der Reiſenden gegen willkührliche Behandlung der Wirthe, müſſen Letztere in jeder Wirthsſtube eine ausführliche Preis-Taxe nach einem beigefügten Muſter öffentlich anſchlagen und den Reiſenden auf Verlangen eine ſpezifizirte Rechnung übergeben. Unterlaſſungen ſollen mit 5 Thaler Strafe belegt werden.

---

442. Arnsberg den 28. Mai 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Bis zur Beendigung des Steuer-Rektifikations-Geſchäftes, ſollen die Städte und Freiheiten, ungeachtet

ſie die Beſoldungen ihrer Magiſtrate aus ihren Kommunalkaſſen bezahlen, zu allen Amts-Koſten ohne Unterſchied ihren ſchatzungsmäßigen Beitrag leiſten, dagegen aber diejenigen Städte und Freiheiten, in welchen bis jetzt noch keine beſondere Schultheißen angeſtellt ſind, jährlich aus der Amts-Kaſſe den Betrag einer gewöhnlichen Schultheißen-Beſoldung zur Kommunal-Kaſſe vergütet erhalten.

---

443. Arnsberg den 1. Juni 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Organiſation des Ortsvorſtandes in jenen Städten und Freiheiten des Herzogthums Weſtphalen, wo, nach Aufhebung der bisherigen Magiſtrats-Verfaſſung, ſtändige Schultheißen angeordnet worden ſind, in Gemäßheit der höchſten Orts desfalls genehmigten Grundſätze:

1. Die Schriftſäſſigkeit dieſer Städte und Freiheiten und ihrer Magiſtrate iſt aufgehoben, und dieſelben ſind, wie die übrigen Gemeinden des platten Landes, mit ihrem neuen Vorſtande der Jurisdiction der einſchlägigen Juſtizbeamten unterworfen.

2. Mit Auflöſung der bisherigen Rathsverfaſſung erhält die Stadt oder Freiheit einen beſtändigen Schultheißen, welcher auf Vorſchlag der Regierung höchſten Orts ernannt und patentiſirt wird. Vor der Hand werden jedoch die Schultheißen auf eine einjährige Probezeit von der Regierung angeſtellt.

3. Die angeſtellten Schultheißen werden auf die beſtehende beſondere Schultheißen Inſtruktion verpflichtet, und theils aus der Amts- theils aus der Gemeinde-Kaſſe nach Maßgabe ihrer Dienſtverrichtungen und des Zuſtandes der Gemeinds-Aerarien beſoldet.

4. Wenn der aufgehobene Magiſtrat bisher die Communal-Gefälle ſelbſt erhoben und verrechnet hatte, auch noch kein ſtändiger Rentmeiſter angeſtellt war; ſo wird ein ſolcher zugleich mit dem Schultheißen von der Regierung angeordnet.

5. Da die Magiſtrate bisher die Vermögensſteuer zu erheben hatten, ſo beſtimmt die Regierung, wie es für

das laufende Rechnungs-Jahr mit der desfallsigen Erhebung und Verrechnung gehalten werden soll. Sie wird zugleich bekannt machen lassen, wem für die Zukunft die Erhebung der Vermögenssteuer übertragen worden sei.

6. Wenn in der Stadt eine besondere Polizeideputation besteht: so ist der angestellte Schultheiß dabei, so wie bei dem Local-Kirchen-Armen- und Schul-Vorstande als beständiges Mitglied angeordnet.

7. Die gehörig angestellten Sekretairs dieser Städte und Freiheiten bleiben nicht nur lebenslänglich oder bis zu einer anderwärtigen Anstellung bei ihren bisherigen Functionen und ständigem Gehalte, sondern sie sind auch als wirkliche Gehülfen der Schultheißen mit berathender Stimme anzusehen.

8. Ist in der Stadt oder Freiheit kein gehörig angestellter Sekretair vorhanden, erfordert aber der größere Umfang der Communal-Verwaltung eine Aushülfe im Schultheißen-Amte; so können von der Regierung dergleichen Gehülfen besonders angestellt werden.

9. Ueber die Communal-Verwaltung und Verrechnung wird ehestens eine detaillirte Instruction erfolgen. Vorläufig ist indessen desfalls verordnet, daß sogleich bei Anstellung des Schultheißen einer Stadt oder Freiheit ein Gemeinde-Rath erwählet werden solle, welcher nach Verhältniß der Bevölkerung aus vier oder acht Personen besteht; nämlich in Gemeinden, die aus weniger als dreihundert Häusern bestehen, vier; wo aber dreihundert Häuser und darüber sind, acht; davon geht jährlich der vierte Theil ab, und der Abgang wird durch jedesmalige neue Wahl ersetzt.

10. Damit bei der Wahl des Gemeinde-Raths die Stimmen-Freiheit möglichst gesichert und das Communal-Interesse wohl beachtet werde, werden desfalls folgende allgemeine Vorschriften gegeben:

a. die erste Wahl des Gemeinde-Raths geschieht unter der Leitung des Großherzoglichen Beamten, sogleich bei der Vorstellung des Schultheißen.

b. Der Beamte hat die versammelte Gemeinde in einer kurzen zweckmäßigen Anrede, welche ihrem wesentlichen Inhalte nach in das Wahl-Protokoll zu regi-

striren ist, zu dem Wahl-Geschäfte vorzubereiten, ihr die wichtige Bestimmung des Gemeinde-Raths zu erklären, sie von aller sträflichen Collusion und Partheilichkeit abzumahnen, und auf die Folgen aufmerksam zu machen, wie sehr sie nämlich durch eine vernünftige Auswahl rechtschaffener und einsichtsvoller Subjecte, denen das wichtigste Interesse der Gemeinde anvertraut werden solle, ihr eigenes Wohl befördern, oder aber im entgegengesetzten Falle die Gemeinde in Gefahr und Verderben bringen würde.

c. Nachdem hierauf die Gemeinde aus dem Sitzungs-Zimmer entlassen worden, werden sämmtliche Gemeinds-Glieder, mit Ausschluß des Schultheißen einer nach dem andern zur Abstimmung besonders vorgelassen. Der Wählende benennt nun so viel Personen, als gewählt werden sollen, deren Namen sogleich protokollirt werden.

d. Nach beendigter Abstimmung werden die Wahl-Stimmen aufgenommen, und die Auswahl nach der Stimmenmehrheit entschieden.

e. Sogleich nach der ersten Wahl wird unter den Gewählten gelooset, wie sie der Reihe nach während der ersten vier Jahre aus dem Gemeinde-Rath austreten sollen; und diese Verloosung wird ebenfalls protokollirt. In der Folge treten jedesmal diejenigen aus, deren vierjährige Dienstzeit eben geendet ist.

f. Alljährlich zur Zeit, wenn der vierte Theil des Gemeinde-Raths austritt, versammlet sich der Gemeinde-Rath, unter dem Vorsitze des Schultheißen, um die neue Wahl zur Ergänzung des Gemeinde-Raths auf folgende Weise vorzunehmen, wobei die wirklichen Mitglieder des Gemeinde-Raths, mit Ausschluß des Schultheißen, mitstimmen.

g. Der Gemeinde wird zuvor nicht nur der Zeitpunkt bekannt gemacht, wann sie sich zur neuen Wahl zu versammeln haben, sondern auch, daß jedes Gemeinds-Glied einen Zettel mitbringen soll, worauf der oder resp. die zu wählenden Subjecte mit Vor- und Zunamen deutlich und leserlich geschrieben sein müssen. Zugleich wird der Gemeinde die im ersten Wahlprotokolle registrirte Ermahnung vorgelesen.

h. Um zu verhüten, daß ein Wählender ſich nicht ſelbſt ſeine Stimme gebe, wird der älteſte des Gemeinde-Raths, welcher fertig leſen und ſchreiben kann, nachdem er desfalls in die Hand des Schultheißen ſtrenge Verſchwiegenheit angelobt hat, zur Aufnahme der Stimmen beſtimmt, und dabei alſo verfahren. Bei verſammeltem Gemeinde-Rathe überreicht dem benannten Stimmenſammler jeder Wählende einer nach dem andern ſeinen Zettel, den derſelbe für ſich in ſo weit einſieht, ob die Namen deutlich geſchrieben ſind, und kein Unterſchleif dabei vorwalte; worauf er die Zettel, wie er einen nach dem andern empfangen und eingeſehen hat, in ein auf dem Tiſche ſtehendes Gefäß niederlegt. Zuletzt überreicht der Stimmenſammler ſelbſt ſeinen eigenen Zettel dem Schultheißen, welcher ſolchen ebenfalls nach vorgängiger Einſicht zu den übrigen legt.

i. Hierauf werden ſämmtliche Zettel protokollirt und dieſes Wahlprotokoll, nachdem es von dem ſämmtlichen Gemeinde-Rathe unterſchrieben iſt, durch den Schultheißen, an den Beamten eingeſchickt, welcher die Wahl zu beſtätigen, und das Reſultat der Gemeinde bekannt zu machen, oder im Falle eines Anſtandes an die Regierung zu berichten hat.

k. Bei vorkommender Gleichheit der Stimmen hat der Beamte unter den Gewählten den tauglichſten zum Eintritte in den Gemeinde-Rath ohne weiteres zu beſtimmen.

l. Unverheirathete Frauensperſonen oder Wittwen, wenn ſie auch wirkliche Mitglieder der Gemeinde ſind, haben bei der Wahl weder ein actives noch paſſives Votum.

m. Jedes wirkliche Gemeinde-Glied, welches mit einiger Grundbeſitzung anſäſſig iſt, kann gewählt werden, auch die austretenden Gemeinds-Räthe ſind reeligibel.

11. Der Schultheiß iſt beſtändiges Mitglied des Gemeinde-Raths, und hat darin den Vorſitz.

12. Der Gemeinde-Rath hat mit dem Vollzug der Adminiſtrations-Geſchäfte nichts zu thun; er kann je-

doch, und muß, wenn er Unordnungen oder Unterſchleife bemerkt, ſolche zur Kenntniß des Beamten gelangen laſſen.

13. Der Regel nach, verſammelt ſich der Gemeinde-Rath ein- oder zweimal zum Behufe der erforderlichen Berathſchlagung über die Communal-Adminiſtration; als: wegen Reviſion der Gemeinds-Rechnung — wegen vortheilhafter Benutzung der gemeinheitlichen Grundbeſitzungen, Gefälle und ſonſtiger Einkünfte, — wegen nützlicher Erſparung in den gemeinheitlichen Ausgaben — wegen Aufbringung und Beſtreitung erforderlicher Baukoſten — Gemeinheits-Umlagen — Kapitalien-Aufnahmen — Veräußerungen — Erwerbungen — Prozeſſe — Vergleiche ꝛc.

14. Bei dergleichen Vorfallenheiten, welche keinen Verſchub leiden, muß der Gemeinde-Rath außerordentlich zuſammen berufen werden.

15. Alle Beſchlüſſe des Gemeinde-Raths müſſen ſchriftlich abgefaßt und dem Beamten zugeſtellt werden; und können nur nach erfolgter höherer Genehmigung in Vollzug geſetzt werden.

16. Bei Abweſenheit, Krankheit oder in ſonſtigen Verhinderungsfällen des Schultheißen, ſoll deſſen Stelle von ſeinem Gehülfen interemiſtiſch verwaltet werden, in deſſen Ermangelung aber ſoll von dem Amte einer aus dem Gemeinde-Rathe zu einſtweiliger Verwaltung beſtellt werden.

17. Im Falle der Magiſtrat einer ſolchen Stadt oder Freiheit bis jetzt noch im Beſitze der concurrirenden Jurisdiction verblieben iſt, wird ſolche bis auf anderweite Verordnung fernerhin lediglich durch den Stadt- oder Freiheits-Syndikus mit dem Sekretair, oder des an ſeine Stelle tretenden Vorſtandes, verwaltet, der den Magiſtrats-Perſonen bisher etwa zugeſtandene Antheil der Gerichts-Sportelen aber zur Communal-Kaſſe geliefert und verrechnet.

---

444. Arnsberg den 1. Juni 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Amtliche Berichte und Vorſtellungen in Gemeinde-Verwaltungs-Angelegenheiten müſſen von den Ortsvor-

ständen und städtischen Magistraten selbst und unentgeldlich abgefaßt werden, und dürfen dafür, weder für sie selbst noch für Dritte mit dieser Amtsobliegenheit von ihnen Beauftragte, keine besondere Gebühren fernerhin in Rechnung gebracht werden.

---

445. Darmstadt den 8. Juni 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Zur Gleichstellung des Herzogthums Westphalen mit den übrigen Provinzen des Großherzogthums im Beitrage zu den Staatsbedürfnissen, soll daselbst, — einstweilen und so lange, bis die Beendigung der Steuer-Rektifikation eine völlige Ausgleichung des Steuersystems in den verschiedenen großherzoglichen Provinzen möglich machen wird —, neben den bisherigen Steuern, für jetzt, und zwar für das Jahr vom 1. October 1810 bis dahin 1811, die Summe von 80,000 Fl mittelst einer in 7 Klassen zu repartirenden Bürgersteuer erhoben werden.

Jedes Familien-Oberhaupt, und jedes in selbstständigem Erwerbe stehende, oder eine eigene Haushaltung führende, nicht von Allmosen lebende Individuum ist steuerpflichtig und soll nach Maaßgabe seines Einkommens oder Verdienstes dergestalt veranschlagt werden, daß dasselbe bei einem jährlichen Einkommen oder Verdienste

von weniger als	120	Fl.	zur	1.	Klasse	gehört,	und	jährlich	beträgt	½	fl.
„ 120 bis excl.	300	„	„	2.	„	„	„	„	„	1	„
„ 300 „ „	500	„	„	3.	„	„	„	„	„	2	„
„ 500 „ „	1000	„	„	4.	„	„	„	„	„	4	„
„ 1000 „	2000	„	„	5.	„	„	„	„	„	6	„
„ 2000 „	3000	„	„	6.	„	„	„	„	„	9	„
„ 3000 und darüber		„	„	7.	„	„	„	„	„	12	„

wobei jedoch die Einkünfte von dem außer der Provinz gelegenen Vermögen, sodann auch die Militairpersonen als solche, nicht aber als Gutsbesitzer und Kapitalisten, außer Anschlag bleiben sollen.

Die Verwaltung der Bürgersteuer ist der großherzogl. Hofkammer und ihre Erhebung den Gewerbsteuer-Empfängern übertragen; die Umlage derselben geschieht unter Leitung der großherzogl. Beamten durch besondre in jedem Schultheißenbezirk anzuordnende Lokalkommissionen; diese

ſollen aus dem Schultheißen, und resp. in Städten und Freiheiten aus dem Bürgermeiſter und dreien, vom großherzogl. Beamten zu deſignirenden Einwohnern aus der höchſt- mittel- und minder beſteuerten Klaſſe, beſtehen; dieſelben haben, unter Mitwirkung des Empfängers als Actuar, die erforderlichen Steuerliſten binnen 3 Wochen aufzuſtellen und zu unterſchreiben, ſolche von dem Ortspfarrer prüfen, erforderlichen Falls rektificiren und als richtig beſcheinigen, ſodann hiernach an den großherzoglichen Amtmann gelangen zu laſſen, welcher ſie zur Reviſion und Feſtſtellung an die Hofkammer einzuſenden hat. Die Entrichtung der Bürgerſteuer geſchieht für dieſes Jahr in einem Termine am 1. October; gegen die Reſtanten iſt nach der Executions-Ordnung vom 10. März 1807 (Nr. 218 d. S.) zu verfahren; die Empfänger erhalten 2 Prozent Hebegebüren und die Lokal-Kommiſſionen 3 Prozent des Empfanges (wovon 1 Prozent dem Amtmann und 2 Prozent den übrigen Kommiſſionsgliedern gebühret) aus den zuerſt eingehenden Geldern der Gewerbeſteuer. (conf. Nr. 457 d. S.)

---

446. Darmſtadt den 12. Juni 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Miniſterium.

In denjenigen Fällen, in welchen die Standes- und Patrimonialgerichts-Herren glauben behaupten zu können, daß von den allgemein feſtgeſetzten Normen, über die Ausſcheidung der ihnen verbleibenden und der auf den Landesherren übergegangenen Revenüen eine unrichtige ihre Rechte verletzende Anwendung gemacht worden ſei, ſoll denſelben der Weg Rechtens, jedoch nur der petitoriſche Prozeß, ohne Suſpenſiv-Kraft, geſtattet werden.

---

447. Darmſtadt den 24. Juli 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Die Einfuhr ausländiſchen Salzes zur inländiſchen Conſumtion ins Herzogthum Weſtphalen wird, bei Strafe der Confiskation des Salzes, der Transportmittel und

einer weitern Geldbuße von 4 Gulden für jedes Pfund, verboten, und ſoll der Denunziant einer Contravention ein Drittel der wirklich eingehenden Confiskations- und Geld-Strafe erhalten.

---

448. Arnsberg den 27. Juli 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Das zu Fluß- und Ufer-Bauten alljährlich erforderliche Faſchinen-Holz muß von den großherzogl. Forſtbehörden, nicht ſucceſſive, ſondern auf einmal und im Winter, oder doch längſtens gegen das Ende deſſelben und vor Ausbruch des Laubes, verlangt werden.

---

449. Darmſtadt den 29. Juli 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Miniſterium.

Auf den Grund des §. 38. Nr. 5. der landesherrlichen Deklaration über die ſtaatsrechtlichen Verhältniſſe der Ritterſchaft vom 1. Dezember 1807 (Nr. 248 d. S) wird zur Erhaltung des landesherrlichen Fluß-Regals, beſtimmt, daß alle im Herzogthum Weſtphalen befindlichen Mühlen- und Flußwerk-Beſitzer, ſie ſeien vom landſäſſigen Adel, Gemeinheiten oder Privaten, welche mit einer landesherrlichen Conceſſion darüber noch nicht verſehen ſind, eine ſolche, bei Vermeidung der Siſtirung ihres Mühlen- und Flußwerk-Betriebes binnen 6 Wochen bei der großherzogl. Hofkammer nachſuchen und gegen die Taxe auslöſen, auch die für Benutzung des Waſſergefälles regulirt werdende billige Recognition jährlich entrichten müſſen.

---

450. Darmſtadt den 3. Auguſt 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Wir haben mit Mißfallen erſehen, daß einzelne Körperſchaften oder Privati, denen in Unſerm Herzogthum Weſtphalen Patronats-Gerechtſame zuſtändig ſind, hie

und da ihr Recht nicht mit gehöriger Gewiſſenhaftigkeit ausgeübt, ſondern die zu ihrer Präſentation gehörigen Pfründen an Individuen vergeben haben, deren Wandel der Würde ihres Amtes nicht entſprechend iſt.

Dieſem für die Moralität Unſerer getreuen Unterthanen ſo nachtheiligen Mißbrauch der Rechte vorzubeugen, verordnen Wir demnach:

1. Daß in Zukunft von geiſtlichen ſowohl als weltlichen Patronen nur inländiſche Geiſtliche zu erledigten Pfarrſtellen oder geiſtlichen Pfründen präſentirt werden ſollen.

2. Daß von denſelben Keiner zu einer Pfarrſtelle präſentirt werde, der nicht bei dem in Unſerm Herzogthum Weſtphalen abgehaltenen Concurſe in die erſte Klaſſe collocirt worden iſt.

3. Zu andern Beneſizien aber, mit welchen keine curia primaria verbunden iſt, nur ſolche, welche wenigſtens in die zweite Klaſſe aufgenommen ſind.

Urkundlich ꝛc.

Bemerk. Das erzbiſchöfliche General-Vikariat zu Deutz hat am 11. October 1811 die obigen landesherrlichen Beſtimmungen vom 1. bis 3. ebenfalls publicirt; in Folge derſelben für das Herzogthum Weſtphalen einen allgemeinen Prüfungs-Concurs auf den 19. November c. a. ausgeſchrieben und mit dem Bedeuten bekannt gemacht, daß diejenigen katholiſchen Geiſtlichen, ſo bei demſelben erſcheinen wollen, ſich am Vorabende zu Arnsberg einfinden, und ihre Sitten- und Führungszeugniſſe verſchloſſen einem bezeichneten Commiſſar einhändigen, auch auf einen viertelſtündigen Kanzelvortrag ſich vorbereiten müſſen.

---

451. Darmſtadt den 3. Auguſt 1811.

Großherzogl. H. Ober-Forſt-Kollegium.

Bei der gemachten Erfahrung, daß die unterm 23. Auguſt 1809 (Nr. 352 d. S.) aufgehobene jährliche Lieferung von Sperlingsköpfen durch die Unterthanen, ſo

wie von Fängen von Raben und Dohlen durch die Forſtdiener, die Vermehrung dieſer Vögel in ſolchem Grade erzeugt hat, daß der Nutzen, welchen ſie dem Fruchtbau durch Vertilgung ſchädlicher Inſekten bringen, mit dem Nachtheil, den ſie den Feldfrüchten zufügen, in keinem Verhältniſſe ſteht; ſo wird es den Unterthanen geſtattet, dieſe Vögel auf alle mögliche Weiſe, jedoch mit Ausnahme des Schießens, welches allein von den Forſtdienern oder Jagdliebhabern geſchehen kann, zu vermindern.

---

452. Darmſtadt den 20. Auguſt 1811.

Ludewig, Großherzog ꝛc.

Zur Verminderung der feuergefährlichen Dachbedekkungen wird für den ganzen Umfang des Großherzogthums verordnet, daß künftig kein neues oder der Reparatur bedürftiges Dach eines Gebäudes mehr mit Stroh oder hölzernen Schindeln, bei Strafe der Niederreiſſung und einer, den Koſten des verbotwidrigen Unternehmens gleichkommenden, Geldbuße an die Orts-Armenkaſſe, bedeckt werden ſoll. In denjenigen Gegenden, wo Schiefer und ausdauernde, dem Sturm und Froſt widerſtehende Ziegel um billigen Preis zu haben ſind, dürfen nur dieſe, und da, wo ſie gar nicht oder nur mit großen Koſten zu beſchaffen ſind, dürfen nur Lehm-Ziegel zur Dachbedekkung angewendet werden. Die Verbreitung der Fabrikations-Kunde der Letztern ſoll von den Beamten durch Heranziehung ſachkundiger Werkleute aus den Gegenden, wo Lehmziegel verfertigt werden, befördert werden, wozu eine dreimonatliche Friſt geſtattet wird.

Stroh und hölzerne Schindel dürfen nur zu einſtweiligen, durchaus nothdürftigen Dach-Reparaturen ferner erlaubt werden.

Bemerk. Durch eine fernere landesherrliche Verordnung d. d. Darmſtadt den 6. October 1812 iſt nachträglich u. A. beſtimmt worden:

1. daß die Gebäude, deren feuergefährliche Dächer einer Reparatur bedürfen, durch Bauverſtändige unterſucht und von dieſen darüber entſchieden werden ſoll, ob ſie hinreichend ſtark ſind, ein Dach von Schiefern, doppelt gelegten Flachziegeln, oder Lehmſchindeln zu tragen oder nicht;

2. daß bei hinreichender Stärke des Gebäudes, nur im Fall der Unvermögenheit des Eigenthümers zur gänzlichen oder theilweisen Anwendung von Schiefern und Ziegeln, demselben gestattet werden soll, das Dach mit Lehmschindeln besserer Art*) zu decken;

3. daß nur den unvermögenden Eigenthümern von so schwach gebauten und baufälligen Gebäuden, daß sie keine jener schwerern Dachbedeckungen tragen können und keiner Verstärkung werth sind, die Beibehaltung der alten Dächer bis zur erforderlichen Reparatur oder Bau-Erneuerung gestattet werden soll;

4. daß neu zu erbauende Gebäude zur Tragung eines Daches von Schiefern, doppelt gelegten Flachziegeln oder Lehmschindeln eingerichtet werden müssen, und

5. daß die mit Strohbüschel unterfütterten Hohlziegel (Pfannen) und einfach aufgelegte mit Holzspänen geschlossene Flachziegel, als feuergefährliche Dachbedeckungen, gleichmäßig, wie die bloßen Stroh- und Holzschindel- oder Lehmschindeldächer einfacher Art**), nach und nach vertilgt werden sollen.

*) Diese besteht darin, daß zuerst besonders große Lehmschindeln oder Tafeln aus einer dünnen auf beiden Seiten mit Lehm überzogenen Strohlage verfertigt werden, welche, wenn sie beinahe trocken sind, auf das gelattete Dach befestigt, nochmalen mit Lehm überstrichen, und endlich mit gleichfalls bestrichenem Stroh, halb so dick als bloße Strohdächer, überdeckt werden.

**) Diese feuergefährliche Bedeckungsart ist, daß das Stroh so dick wie bei gewöhnlichen Strohdächern aufgelegt und nur auf einer Seite mit Lehm überstrichen wird.

---

453. Arnsberg den 29. August 1811.

Großherzogl. H. Kirchen- u. Schul-Rath.

Den sämmtlichen Pfarrgeistlichen wird es bei Strafe der schwersten Verantwortung, und mit Bezug auf die

rückſichtlich der Reception und Dimiſſion der Unterthanen beſtehenden Regiminal-Verordnungen, verboten:

irgend jemanden, ohne Unterſchied, er mag ein Fremder oder ein Einheimiſcher, in oder außer dem Ort, wo er ſich häuslich niederzulaſſen gedenkt, geboren ſein, zur Ehe zu proklamiren oder wirklich zu kopuliren, wenn derſelbe nicht vorher eine ſchriftliche Erlaubniß der kompetenten Orts-Obrigkeit über ſeine häusliche Niederlaſſung producirt hat.

Zugleich wird die Verordnung vom 27. Juli 1810 (Nr. 384. d. S.) wegen der Kopulation der Fremden in Erinnerung gebracht.

---

454. Arnsberg den 10. September 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

In Erwägung, des wegen Mangels einer beſtimmten Ordnung bei dem Vogel- und Scheibenſchießen die Geſundheit und das Leben der bei dieſem Volks-Vergnügen Anweſenden, wie Beiſpiele gelehrt haben, leicht gefährdet werden kann, und noch jüngſt ein gewiſſer Kühn zu Olpe neben der Scheibe getroffen worden, und einige Tage nach geſchehener Verwundung geſtorben iſt, findet die unterzeichnete Stelle ſich verpflichtet, hiermit Folgendes zu verfügen:

1. Bei jedem Zielſchießen, welches nur auf ſolchen Plätzen gehalten werden ſoll, wo keine Feuersgefahr zu befürchten iſt, und die Lebens-Sicherheit der auf öffentlichen Wegen vorübergehenden, und auf dem Felde arbeitenden Perſonen nicht gefährdet wird, ſoll der Ortsbeamte eine ſolche Einrichtung treffen, daß die gehörige Polizei dabei gehandhabt, und jede Unordnung verhütet werde.

2. In dieſer Abſicht hat der Beamte, wenn ein ſogenanntes Freiſchießen gehalten wird, eine obrigkeitliche Perſon, namentlich den Schultheißen des Bezirks zu beauftragten, demſelben als Aufſeher beizuwohnen. Kleine Privatgeſellſchaften von Schützen haben dieſen Aufſeher aus ihrer Mitte zu beſtimmen.

3. Dieſe nach den örtlichen Verhältniſſen zu inſtruirenden Aufſeher haben ihre Aufmerkſamkeit und Thätigkeit beſonders darauf zu richten, daß der Scheibenzeiger einen durchaus ſichern Stand habe — Perſonen, welchen bei der Scheibe kein Geſchäft obliegt, davon entfernt werden — jeder Schütze mit dem Feuergewehr vorſichtig umgehe, und eine ſolche Vorrichtung treffe, um bei zufälligem Losgehen des Gewehrs allen Schaden zu verhüten — in einer beſtimmten Ordnung mit Vorſicht geſchoſſen — Unvorſichtige und Kinder von dem Schießplatze weggewieſen — berauſchende Getränke an Denjenigen, welcher ſolche etwa im Uebermaße ſchon zu ſich genommen hat, nicht mehr verabreicht — und überhaupt Ruhe, Ordnung und Sicherheit gehandhabt werden.

4. Zur Erreichung dieſer nothwendigen Zwecke iſt es dem Aufſeher lediglich überlaſſen, wo es ihm nöthig ſcheint, eine beſondere Wache anzuſtellen, und zu gebrauchen.

5. Jeder, der den Schießplatz betritt, iſt verbunden, den Anordnungen des Aufſehers Folge zu leiſten. Diejenigen, welche ſich denſelben nicht fügen wollen, hat der Aufſeher nach Umſtänden entweder ihrer Obrigkeit zur Beſtrafung anzuzeigen, oder, bei bedeutenden Exceſſen, und andern dringenden Fällen ſofort arretiren, und an die Behörde abliefern zu laſſen.

6. Die zur Vollziehung dieſer Maßregeln erforderlichen Koſten haben die Schützen-Geſellſchaften unweigerlich zu bezahlen.

7. Gemeinden oder Schützen-Geſellſchaften, welche gegen dieſe Anordnung handeln, werden beſtraft, und haben es ſich ſelbſt beizumeſſen, wenn, nach Beſchaffenheit der Umſtände ihnen das Schießen nach einem Ziele auf eine Zeitlang oder für immer unterſagt werden muß.

Die Großherzogl. Beamten haben dafür zu ſorgen, daß dieſe Verfügung auf dem gewöhnlichen Wege publicirt, und in allen Beziehungen genau befolgt werde.

---

455. Arnsberg den 10. September 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die bei den Gerichten des Herzogthums Weſtphalen vorhandenen und künftig eingehenden Depoſiten-Gelder

ſollen zufolge landesherrlicher Beſtimmung zur Provinzial-Wegebau-Kaſſe eingeliefert und von derſelben, in Gemäßheit der Depoſiten-Ordnung vom 25. April 1803 (Nr. 35 d. S.) verzinſet, und bei erforderlicher Wiedererſtattung promt reſtituirt werden. Zur Ausführung dieſer Vorſchrift binnen 14 Tagen werden die Juſtizbeamten angewieſen.

Bemerk. Dieſelbe Behörde hat am 22. September 1812 weiter verordnet, daß ohne Ausnahme, mithin auch die aus Conkurs-Maſſen herrührenden und gerichtlich zu deponirenden Gelder zur Provinzial-Wegebau-Kaſſe eingeſandt werden müſſen, und daß folglich den Gläubigern nicht freigeſtellt werden darf, die Gelder der Maſſe bei den Aemtern zu deponiren. Unterm 14. Januar 1814 hat dieſelbe Behörde weiter verfügt, daß, zur Erſparung der Ueberſendungskoſten, die Einſendung der zu deponirenden Gelder, ſo wie die Rückzahlung der gekündigten Depoſiten-Gelder nicht direkt an die und reſp. von der allgemeinen Wegebaukaſſe zu Arnsberg geſchehen ſollen, ſondern, daß an Letztere nur die desfallſigen Anzeigen gemacht werden dürfen, worauf dieſelbe die ihr ſubordinirte geeignete Kaſſe mit Anweiſung zum Empfang und reſp. zur Rückzahlung verſehen werde.

---

456. Arnsberg den den 4. October 1811.

Großherzogl. H. Hofkammer.

Die ſtattgefundene Vereinigung der beiden bisher zu zu Olpe und Brilon beſtandenen Bergämter zu einem einzigen zu Eslohe in der Mitte des Herzogthums Weſtphalen reſidirenden Bergamte wird mit dem Zuſatze bekannt gemacht, daſſ daſſelbe alle Mittwoche Bergamtsſitzung halten und in derſelben jede Woche abwechſelnd die Angelegenheiten des Olpener und reſp. des Briloner Bergreviers vornehmen werde.

---

457. Arnsberg den 5. October 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Bei der durch nachläſſige Aufnahme und unrichtige Quotiſirung der Steuerpflichtigen reſultirten Unergiebig-

keit der, in Folge der Verordnung vom 8. Juni d. J. im Herzogthum Westphalen umgelegten Bürgersteuer (— wodurch anstatt 80,000 Fl. nur 21500 Fl. repartirt worden sind —), soll dieselbe nach einem neuen Fuße, — wodurch die Steuerpflichtigen, anstatt wie früher in 7 Klassen, nunmehr in 19 Klassen einzutheilen sind —, erhoben werden, und wird desfalls u. A. Folgendes bestimmt:

Jedes Familien-Oberhaupt und jede Person männlichen oder weiblichen Geschlechts, welche in einem selbstständigen Gewerbe steht, oder eine eigene Haushaltung führt, — mit alleiniger Ausnahme der von Allmosen Lebenden —, ist im Wohnorte steuerpflichtig; Ausländer, welche im Herzogthum Westphalen ein Einkommen aus Gütern, oder sonst, — jedoch mit Ausschluß ihrer Renten von Geldkapitalien — beziehen, sind im Steuerbezirk, worin diese Güter ꝛc. liegen, anzuschlagen; Unterthanen, welche durch Gewerbe und Handel im Auslande ein Einkommen erwerben, sind hierfür in Anschlag zu bringen; dasjenige Einkommen aber, welches sie von einem außerhalb des Herzogthums Westphalen gelegenen Vermögen beziehen, ist von der Steuer befreiet.

In Beziehung auf die Klassifikation der Steuerpflichtigen und deren Steuerquote wird festgesetzt, daß diejenigen zur 1sten Klasse gehören sollen, welche ohne Haus- oder Grundvermögen ein 100 Fl. nicht übersteigendes jährliches Einkommen besitzen; und daß dieselben 1 Fl. Steuer zahlen sollen. Zur 2ten Klasse gehören diejenigen, welche mit Haus- oder Grundeigenthum versehen, ein jährliches Einkommen von weniger als 200 Fl. besitzen; sodann auch diejenigen, welche ohne eigenes Haus oder Grundvermögen ein jährliches Einkommen von mehr als 100 Fl. und weniger als 200 Fl. besitzen; sie zahlen $2\frac{1}{4}$ Fl. Höheres Einkommen, und zwar:

von 200	fl.	u. unter	300	fl.	gehört zur	3ten	Klasse	u. zahlt	$3\frac{1}{4}$	fl.
— 300	—	— 400	—	—	4ten	—	—		$4\frac{1}{2}$	—
— 400	—	— 500	—	—	5ten	—	—		6	—
— 500	—	— 600	—	—	6ten	—	—		9	—
— 600	—	— 700	—	—	7ten	—	—		10	—
— 700	—	— 800	—	—	8ten	—	—		11	—
— 800	—	— 900	—	—	9ten	—	—		12	—
— 900	—	—1000	—	—	10ten	—	—		13	—
—1000	—	—1250	—	—	11ten	—	—		18	—
—1250	—	—1500	—	—	12ten	—	—		20	—

von 1500 fl. u. unter 1750 fl. gehört zur 13ten Klasse u. zahlt 22 fl.
— 1750 — — 2000 — — 14ten — — 24 —
— 2000 — — 2500 — — 15ten — — 33 —
— 2500 — — 3000 — — 16ten — — 39 —
— 3000 — — 3500 — — 17ten — — 50 —
— 3500 — — 4000 — — 18ten — — 60 —
— 4000 fl. und darüber — — 19ten — — 60 —
und außerdem 1 % von dem jährlichen Mehrbetrage.

Die Quotisation eines jeden Steuerpflichtigen geschieht durch die frühерhin in jedem Bezirke angeordneten und fortbestehenden Lokal-Commissionen, welche überall nur das Brutto-Einkommen zu berücksichtigen haben; Unterthanen, welche außer dem Bezirk ihres Wohnortes Einkommen besitzen, und Ausländer, resp. deren inländische Sachwalter, sind zur Angabe ihres anderweitigen resp. inländischen Einkommens verpflichtet; desfallsige Unrichtigkeiten sollen strenge untersucht und die schuldig Befundenen mit dem Ersatz der Untersuchungskosten und einer willkührlichen Strafe belegt werden. Die nach der frühern Repartition bereits gezahlten Steuerquoten sind bei Entrichtung der neuen Ansätze in Aufrechnung zu bringen.

458. Darmstadt den 23. October 1811.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Die fürstlich hessischen älteren Verordnungen vom 18. Juli 1790 und 28. Januar 1792, wodurch im Wesentlichen festgesetzt worden ist, daß

1. Allen Personen, die nicht zu den ordentlich aufgenommenen Advokaten zu zählen sind, das Prokuriren und Schreiben in streitigen und gerichtlichen Sachen ganz verboten, sodann auch die Abfassung und Einreichung von Schriftsätzen und Bittschriften, welche Partheisachen betreffen oder Prozesse veranlassen können, untersagt sein soll, wenn diese Schriften nicht von einem legalen Advokaten unterzeichnet sind, und daß
2. sämmtlichen Kanzleiverwandten und Amtsschreibern nicht erlaubt sein soll, Suppliken und Schriften in außergerichtlichen und Gnaden-Sachen, so wie desfallsige Protokollirungen ohne besondern Auftrag ihrer vorgesetzten Behörde, abzufassen und aufzunehmen,

sollen im ganzen Umfange des Großherzogthums zur An-

wendung kommen und von sämmtlichen Behörden aufs Strengste gehandhabt werden.

Bemerk. Dieselbe Behörde hat unterm 10. Februar 1813 nachträglich bestimmt, daß jede Contravention der obigen Vorschriften mit 5 fl., und im Wiederholungsfall mit 10 fl. Geldstrafe belegt werden soll.

---

459. Arnsberg den 30. November 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Die zur Unterstützung der Civil-Behörden, bei der Handhabung der öffentlichen Sicherheit und aller übrigen Landespolizei-Gesetze, ins Herzogthum Westphalen dislocirten berittenen Landdragoner und nichtberittenen Landschützen (Gensd'armen) sollen vom 1. k. M. an aus den Amtskassen, die Ersteren 9 Kr. und die letztern 6 Kr. tägliches Quartier- und Service-Geld erhalten, wofür sie sich Quartier (ohne Kost), Stallung, Holz und Licht selbst beschaffen müssen. Sollten die Gensd'armen an ihren Stationsorten für die bezeichneten Geldsätze das Erforderliche nicht erlangen, oder die Beamten ihnen solches dafür nicht verschaffen können, so müssen die Gensd'armen bei den Unterthanen förmlich und gegen Ueberweisung des Servicegeldes einquartirt werden. Die Beamten haben dafür zu sorgen, daß die Gensd'armen ihre Quartierbedürfnisse, so wie auch ihre auf eigene Kosten sich zu beschaffende Verpflegung zu billigen Preisen erlangen.

---

460. Arnsberg den 10. Dezember 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Den sämmtlichen Beamten wird eine ausführliche Uebersicht der in den Geschäftskreis der Regierung einschlagenden Polizei-Gegenstände, — namentlich die allgemeine Sicherheits-, die Paß- und Fremden-Polizei, so wie die Feuer-, Bau-, Wege-, Medizinal-, Armen-Gewerbe- und Feld-Polizei betreffend —, mitgetheilt, wobei die Landdragoner und Landschützen (Gensd'armen) hauptsächlich mitwirken sollen. Die Amts- und Lokalbehörden müssen den ihnen von Letztern gemacht werdenden Anzeigen, Denunciationen ꝛc. eine vorzügliche Aufmerk-

samkeit widmen und die erforderlichen amtlichen Einschreitungen und Vorkehrungen so schleunig als möglich treffen.

Bemerk. Dieselbe Behörde hat am 17. Dezbr. ej. a., unter Mittheilung der vorbemerkten Uebersicht, die sämmtlichen Beamten über die Verwendungsart der Gensd'armerie noch näher instruirt und ins Besondere herausgehoben: „daß die Landdragoner und „Landschützen blos zur Unterstützung bei Handhabung „der öffentlichen Sicherheit und der übrigen Landes„polizei-Anstalten bestimmt seien, und daß demnach „die Schultheißen und Bauerschafts-Diener ihrer „bisherigen desfallsigen Obliegenheiten nicht im ge„ringsten entledigt würden, daß vielmehr die aus „einer Vernachlässigung dieser Obliegenheiten entste„hende Verantwortlichkeit eben durch die Unterstüz„zung, die ihnen nunmehr die Landdragoner und „Landschützen gewährten, und die sie bisher nicht „gehabt hätten, vergrößert werde."

461. Arnsberg den 24. Dezember 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

(Unter landesherrlicher Titulatur.)

Nachdem nunmehro die für das Herzogthum Westphalen angeordnete Steuer-Rektifikations-Commission mit Errichtung des neuen provisorischen Grundsteuer-Catasters so weit fertig ist, daß danach die an die Stelle der bisherigen Schatzungen tretende Grundsteuer wirklich erhoben und ausgeschrieben werden kann, und beschlossen worden ist, daß das neue Steuer-Jahr mit dem Eintritt des anstehenden neuen Jahrs 1812 anfangen, und dagegen das zwischen dem Ausgange des mit dem September-Monat d. J. abgelaufenen Schatzungs-Jahrs $18\frac{10}{11}$ und dem Anfange des neuen Steuer-Jahrs fallende Quartal October, November und Dezember d. J. durch eine Stückrechnung ausgeglichen werden soll; immittels es noch zur Zeit nicht definitiv ausgemittelt ist, welchen aliquoten Theil der allgemeinen Staatsbedürfnisse und Lasten das Herzogthum Westphalen gegen die übrigen zwei Provinzen Unseres Großherzogthums durch Grundsteuer aufzubringen hat, sondern dieses Verhältniß sich erst aus einer desfalls gnädigst verordneten Peräquation, welche einer bereits zusammengetretenen, und aus Räthen aus den drei

Provinzen Unseres Großherzogthums zusammengesetzten Commission aufgetragen ist, ergeben wird; der Steuer-Ausschlag für das kommende Jahr aber hierauf nicht ausgesetzt bleiben kann: so verordnen Wir gnädigst, daß für die ersten drei Monate des Jahrs 1812 noch dieselbe Summe der Grundsteuer, wie bisher, nebst weitern Vierzig Tausend Gulden als den Betrag vom 1. October 1811 bis zum 31. März 1812 aus dem für das Herzogthum Westphalen verordneten provisorischen Steuer-Ausschlag fort erhoben werden solle, vorbehaltlich jedoch des Nachtrags oder resp. der Rückvergütung desjenigen, was nach Auffindung jenes Verhältnisses und definitiven Regulirung des Grundsteuer-Ausschlags im Herzogthum Westphalen fürs kommende Jahr, vom Anfange desselben an, zu viel oder zu wenig bezahlt worden ist.

Damit nun die desfalls erforderliche Summe aufgebracht, zugleich die sich etwa in dem neu errichteten Grundsteuer-Cataster ergebende Ausfälle und die bis zum 31. März vorkommende Provinzial-Bedürfnisse gedeckt werden, so haben Wir gnädigst beschlossen, daß für das 1ste Quartal des neuen Steuer-Jahrs von jedem Gulden Steuer-Kapital drei Kreuzer Grundsteuer ausgeschrieben, und diese am 15ten des künftigen Monats Februar entrichtet werden sollen.

Wir befehlen daher sämmtlichen Contribuenten, bei Vermeidung stracklicher Execution, womit gegen die Säumigen, nach Vorschrift Unserer Verordnung vom 18. August 1804 (Nr. 118 d. S.), ohne alle Rücksicht verfahren werden soll, in dem vorgeschriebenen Termin die Zahlungen zu verfügen, wobei Wir bemerken, daß die Steuer-Receptoren binnen Kurzem angestellt, und die angestellten durch ein weiteres Publicandum werden bekannt gemacht werden.

Die Beamten haben dieses Ausschreiben gehörig verkündigen zu lassen, mit dem Anhang: daß von den Steuerperäquatoren für jeden Contribuenten Auszüge aus dem Hebregister angefertiget, und durch die Grh. Schultheßen werden ausgetheilt werden, woraus eines jeden Beitrags-Quantum zu ersehen ist.

Bemerk. Unterm 14. April 1812 sind gleichmäßig pro 2tes Quartal 1812 4½ Kreuzer auf den Gulden Steuer-Kapital ausgeschrieben worden.

462. Arnsberg den 31. Dezember 1811.

Großherzogl. H. Regierung.

Zur Verhütung der Gefahren der Dachdecker bei der Ausbesserung alter Thurmbedeckungen wird verordnet: 1. daß für jede Pfarre ein eigenes, oder für mehrere Pfarren ein gemeinschaftliches, wenigstens aber in jedem Amtsbezirke ein hanfenes Thurm-Seil, von der Stärke eines Quadratzolles im Querschnitt, vorhanden sein, oder auf Kosten der Kirchen-Aerarien angeschafft werden soll; 2. daß dieses bei den fliegenden Gerüsten anzuwendende Tau, mit aller Vorsorge für seine dauernde Erhaltung, nur bei den Ausbesserungen der Thurmdächer gebraucht werden darf und an einem trockenen und luftigen Orte aufbewahrt werden muß; 3. daß jeder Dachdeckermeister verbunden sein soll, Thurmdächer selbst zu besteigen, oder nur in seiner eigenen oder seines Meistergesellen Gegenwart durch seine Gesellen besteigen zu lassen, und in jedem solcher Fälle ein auf eigene Kosten zu beschaffendes sogenanntes Rothseil (220 Fuß lang und 6 bis 7 Linien stark, von sorgfältig gehecheltem Hanfe) anwenden muß, welches, über eine an der Thurmspitze befestigten Rolle laufend, dem arbeitenden Dachdecker um den Leib unter den Armen zu befestigen ist.

Die landesherrlichen Beamten werden angewiesen, auf die Ausführung und Beobachtung dieser Vorschriften zu wachen.

---

463. Darmstadt den 8. Januar 1812.

Großherzogl. H. Geheim. Ministerium.

Die bereits im Jahre 1804 erlassene Verordnung:
„daß der Fiscus forestalis auf diejenigen Wald„bäume, welche die Unterthanen auf ihren eigen„thümlichen Gütern von jetzt an und in der Zu„kunft außerhalb den Waldgrenzen anpflanzen und „auf denselben wachsen würden, keine Ansprüche „machen, sondern solche Waldbäume den Eigen„thümern der Güter, worauf sie ständen, unent„geldlich gehören und verbleiben sollten, jedoch „mit dem Anhang, daß wenn dergleichen Anpflan„zungen auf zehntbarem Grund und Boden ge„schehen, die Eigenthümer des Grunds sich wegen